



Jugendparlament zur EU-Erweiterung

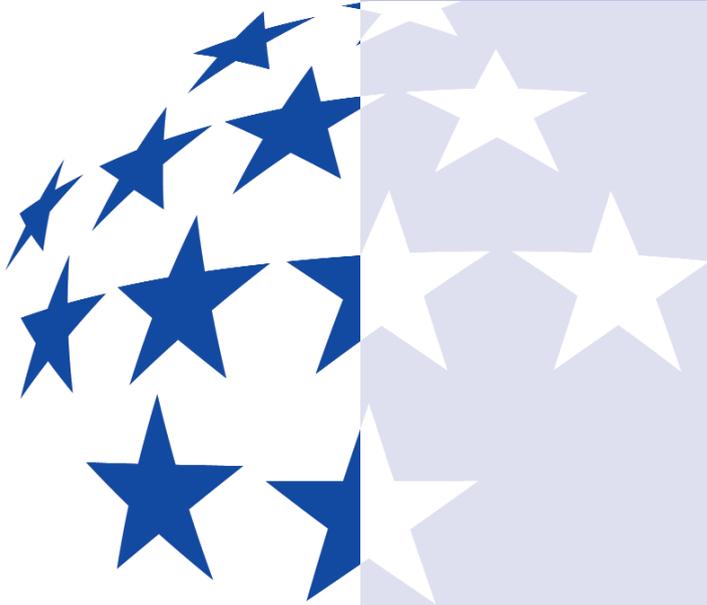
unter der Schirmherrschaft von Alois Glück,
Präsident des Bayerischen Landtags

30.3 - 1.4.07 im Bayerischen Landtag, München
Infos unter: www.muenchen07.juparl.de



GEMEINSAM
SEIT 1957

Jugendparlament zur EU-Erweiterung



Dokumentation der Veranstaltung vom 30.03 - 01.04.2007 in Durchführung der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission in München und des Bayerischen Landtages

Barbara Tham, Bettina Schmitt

Jugendparlament zur EU-Erweiterung

Dokumentation der Veranstaltung vom 30.03 - 01.04.2007 in Durchführung der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission in München und des Bayerischen Landtages

Projekte der Forschungsgruppe Jugend und Europa werden im Rahmen des Jugendplanes vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die Veranstaltung wurde im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission in München und des Bayerischen Landtages durchgeführt.

Forschungsgruppe Jugend und Europa
Centrum für angewandte Politikforschung
Prinzregentenstr. 7
80538 München
Tel.: 089 2180 1340
Fax.: 089 2180 1341
b.tham@lrz.uni-muenchen.de
schmitt@fgje.de
www.fgje.de



GLIEDERUNG

1. Vorwort	S 04
2. Zielsetzung	S 05
3. Ansprachen	S 07
3.1 Dr. Martin Runge	S 07
3.2 Dr. Henning Arp	S 08
3.3 Dr. Stefan Rappenglück	S 10
3.4 Stella Schmid	S 12
4. Ablauf des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung,	S 13
4.1 Darstellung	
4.2 Programm	S 14
4.3 Berichte der Pressestimme des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung Marco Heuer	S 15
4.4 Ausschüsse	S 22
5. Die Resolution des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung	S 27
6. Stellungnahmen der Politiker	S 36
6.1 Stellungnahme von Olli Rehn, EU-Kommissar für die Erweiterung	S 36
6.2 Stellungnahme von Bernd Posselt, MdEP	S 37
6.3 Stellungnahme von Günter Gloser, MdB Staatsminister für Europa	S 39
6.4 Stellungnahme von Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten	S 41
7. Auswertung	S 45



1. Vorwort

Die deutsche Ratspräsidentschaft und der 50ste Jahrestag der Römischen Verträge stellen einen besonderen Anlass dar, um über die Zukunft der Europäischen Union zu debattieren. Ein wesentliches Thema ist hierbei die EU-Erweiterung und die Frage, inwieweit ein Europa der 27-Mitgliedstaaten auf die neuen Herausforderungen vorbereitet ist. Von besonderem Interesse ist, wie die junge Generation gegenüber der Europäischen Union eingestellt ist, wie sie die gegenwärtigen Entwicklungen einschätzt und was ihre Visionen und Forderungen für die Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses sind.

Vor diesem Hintergrund fand vom 30.03.-01.04.2007 ein Jugendparlament zur EU-Erweiterung im Bayerischen Landtag unter Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Alois Glück statt. Rund 90 Jugendliche im Alter von 15 - 21 Jahren hatten die Gelegenheit, über die aktuelle EU-Politik und die Erweiterung zu diskutieren, einen gemeinsamen Standpunkt zu entwickeln und ihre Positionen an politische Entscheidungsträger auf bayerischer, nationaler und EU-Ebene weiterzuleiten. Die Veranstaltung wurde im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission und des Bayerischen Landtags von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung durchgeführt.

In fünf unterschiedlichen Ausschüssen wurde die Erweiterung der Europäischen Union thematisiert und anschließend im Plenum eine gemeinsame Resolution verabschiedet. Die Ergebnisse des Jugendparlaments sind auf der Homepage dargelegt und wurden Politikern auf Landes-, Bundes- und Europaebene zugeleitet und diese um eine Stellungnahme gebeten.

Auf diese Weise sollen die Ergebnisse des Jugendparlaments einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und auch Beachtung bei der offiziellen Politik erhalten.

Im Folgenden werden der Ablauf und die Ergebnisse des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung dokumentiert. Ein besonderer Dank richtet sich in diesem Zusammenhang an die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München, des Bayerischen Landtages und der Forschungsgruppe Jugend und Europa, die tatkräftig zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.



2. Zielsetzung

Die Europäische Union steht nach ihrer bisher größten Erweiterungsrunde um zehn neue Mitgliedstaaten 2004 und der jüngsten Erweiterung am 1.1.2007 um Bulgarien und Rumänien vor enormen Herausforderungen. Zum einen muss die Frage geklärt werden, in welche Richtung die Europäische Union in Zukunft steuert. Die Zielsetzungen müssen den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union verständlich gemacht werden, damit diese auch weiterhin den Einigungsprozess mittragen können. Zum anderen bedarf die Europäische Union eines tragfähigen Konstrukts, um den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein. Ihre Institutionen und Entscheidungsprozesse müssen der EU der 27-Mitgliedstaaten entsprechen, damit die EU auch in Zukunft noch handlungsfähig ist.

Das Jugendparlament zur EU-Erweiterung setzte an diesen Fragen an. Es hat Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, sich mit der aktuellen Politik der Europäischen Union auseinander zu setzen, eigene Standpunkte zu entwickeln sowie ihre Erwartungen, Hoffnungen, Kritiken und Lösungsansätze in Bezug auf die künftige Entwicklung der Europäischen Union zum Ausdruck zu bringen.

Die Jugendlichen teilen sich in fünf Ausschüsse zum Thema EU-Erweiterung auf:

- Ausschuss Identität
- Ausschuss Sicherheits- und Außenpolitik
- Ausschuss Wirtschaftspolitik
- Ausschuss Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Ausschuss Institutionelle Fragen

In den Ausschüssen wurden aktuelle Herausforderungen, vor denen die Europäische Union im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung in den einzelnen Teilbereichen steht, diskutiert. Danach wurden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Die Vorschläge der Ausschüsse wurden als Entwurf in das Plenum eingebracht, dort beraten und als gemeinsame Resolution verabschiedet.

Das Ergebnis des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung wurde Politikern des Landtags sowie dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München übergeben, anschließend in einer Pressekonferenz präsentiert sowie auf der Internetseite der Veranstaltung zugänglich gemacht. Hierdurch wird einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Diskussion gegeben.

Das Jugendparlament zur EU-Erweiterung war sehr gut geeignet, sowohl die Komplexität der aktuellen Debatten zum Thema EU-Erweiterung als auch die Formen demokratischer Entscheidungsfindung auf einer sehr persönlichen Ebene zu vermitteln. Abgerundet wurde dieser Prozess des direkten Erlebens politischer Entscheidungsfindung durch die Teilnahme von Politikerinnen und Politikern im Rahmen der Ausschüsse und bei der abschließenden Plenumsitzung. Dadurch wurde der Dialog zwischen Jugend und Politik gefördert und zugleich ein Beitrag für die Partizipation junger Bürgerinnen und Bürger in Europa gewährleistet.



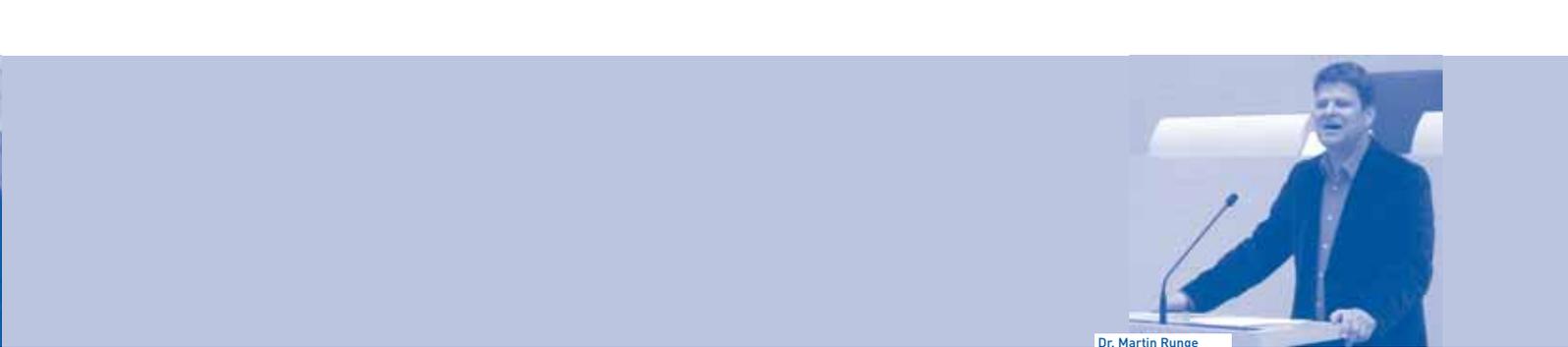
Durch den zielgruppenspezifischen Vermittlungsansatz und den Einbezug von Politikerinnen und Politikern können Jugendliche:

- sich mit der Vielschichtigkeit des Themas EU-Erweiterung auseinandersetzen,
- die unterschiedlichen Perspektiven und Entwicklungslinien des europäischen Einigungsprozesses beleuchten,
- direkt mit Politikerinnen und Politikern diskutieren,
- demokratische Abläufe kennen lernen,
- und dabei selber aktiv werden.

Das Jugendparlament kann mit seinem handlungs- und erlebnisorientierten Ansatz ein breites Spektrum erreichen. Die inhaltliche Vorbereitung, Organisation und Durchführung wird durch die Forschungsgruppe Jugend und Europa gewährleistet, die auf eine langjährige Erfahrung im Bereich der europäischen Jugend- und Bildungsarbeit zurückgreifen kann.

Von besonderer Bedeutung ist dabei der Einsatz des Juniorteams. Diesem liegt das Prinzip der „peer group education“ zugrunde, das in diesem Kontext grundlegend ist: Jugendliche werden durch Jugendliche vorbereitet, eingearbeitet und betreut. Die Juniorteamerinnen und -teamer sind von der Forschungsgruppe entsprechend methodisch und inhaltlich geschult.



A photograph of Dr. Martin Runge, a man in a dark suit, standing at a podium and speaking into a microphone. The background is a plain wall with a light-colored panel.

Dr. Martin Runge

3. Ansprachen

3.1 Dr. Martin Runge, Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Europa als Erfolgsmodell - aber der Integrationsmotor stottert

Auszug aus der Eröffnungsrede zum Jugendparlament zur EU-Erweiterung

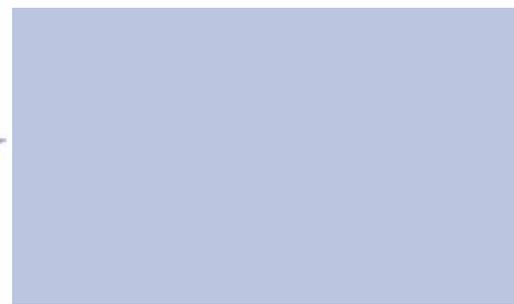
„[...] Die Europäische Union ist ein Erfolgsmodell, das seines gleichen sucht. Frieden, Freiheit, wirtschaftliches Wohlergehen sind mitgetragen vom Zusammenwachsen der Staaten Europas in den Europäischen Gemeinschaften bzw. der Europäischen Union. Für Deutschland hat die Mitgliedschaft gar die Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft ermöglicht, für die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten war und ist die Beitrittsoption und später dann die Mitgliedschaft wesentlicher Reformmotor. Immer mehr Regelungsbereiche lassen sich auf nationaler Ebene nicht mehr zielführend steuern, sondern verlangen nach europaweitem Handeln.

Der europäische Integrationsmotor ist in den letzten Jahren allerdings ins Stottern geraten. Der lange und heftige Streit um den künftigen finanziellen Rahmen, unterschiedliche Auffassungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Differenzen in Fragen zur Erweiterung der Europäischen Union und selbstverständlich auch das (vorläufige?) Scheitern beim Europäischen Verfassungsvertrag müssen als Krisenzeichen und Handlungsaufforderung gesehen werden. Unstreitbar ist daneben, dass es bei den politischen Entscheidungen in und zur Europäischen Union massiv an Transparenz mangelt und dass, damit zusammenhängend, die Identifikation und die Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger Europas für die Integration immer mehr zu wünschen übrig lassen. Der Debatte um die Zukunft der Europäischen Union, vor allem um die Finalität der Integration in räumlicher sowie in inhaltlicher Hinsicht, darf nicht länger aus dem Weg gegangen werden. (...)“





Dr. Henning Arp



3.2 Dr. Henning Arp, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Was sind die einigenden Werte?

Begrüßungsrede zum Jugendparlament zur EU-Erweiterung
Bayerischer Landtag, 30. März 2007

„Liebe Teilnehmer des Jugendparlaments - liebe junge Europäer!

Ich freue mich, Sie heute in diesem wunderschönen, hellen Plenarsaal des Bayerischen Landtags begrüßen zu können! [...] Sie werden an diesem Wochenende eines der zentralen Themen der Zukunft Europas debattieren - die zukünftige Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Es ist wichtig, dass gerade Sie als diejenigen, für die Europa den politischen und wirtschaftlichen Rahmen für ein ganzes Leben darstellt, sich zu den Zukunftsfragen der europäischen Einigung äußern.

Zu Beginn dieses Jahres sind Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten. Von den sechs Gründungsländern, die vor 50 Jahren den Kern eines neuen, geeinten Europas bildeten, ist Europa damit auf eine Gemeinschaft von 27 Mitgliedstaaten gewachsen. Eine enorme Erfolgsgeschichte! Sie beweist, welche Anziehungskraft Europa hatte - eine Anziehungskraft, die sich aus dem Erfolg ergab, den Europa dabei hatte, den Frieden zu sichern, für Wohlstand zu sorgen und hohe Schutzstandards für die Verbraucher, die menschliche Gesundheit und die Umwelt zu setzen. [...] Um die Gemeinschaft, die die Länder und Menschen in der EU heute bilden, und um die Institutionen und Verfahren, nach denen wir gemeinsam Entscheidungen treffen, beneidet man weltweit. [...]

In der "Berliner Erklärung", die die EU-Staats- und Regierungschefs am vergangenen Sonntag aus Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge verabschiedet haben, heißt es: "Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint." Die "Berliner Erklärung" unterstreicht die Werte, die uns allen Menschen in Europa gemein sind: Freiheit und Frieden, Toleranz, Solidarität, die Gleichheit von Frauen und Männern. Zugleich betont sie, dass wir die Herausforderungen der Zukunft nur bewältigen können, wenn wir unsere Kräfte bündeln: bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, beim Kampf gegen den Klimawandel, bei der Nutzung der Chancen der Globalisierung usw.. [...] Nur wenn wir Europäer gemeinsam handeln, können wir unsere Werte und Interessen auf der internationalen Bühne wirksam verteidigen. [...]

Es wird oft gefragt, wo die Grenzen Europas liegen, und auch Sie werden diese Frage in den kommenden Tagen sicher kontrovers diskutieren. Ich denke, dass diese Frage erst in zweiter Linie eine geografische Frage ist. Europa ist in erster Linie eine Werte- und eine Interessengemeinschaft. Das entscheidende Kriterium zur Beantwortung der Frage, ob ein Land der Europäischen Union beitreten kann, ist, ob es unsere Wertvorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, dem Respekt vor dem Menschen teilt. [...] Aber natürlich ist jede Entscheidung darüber, ob die EU ein Land aufnimmt, auch eine politische Entscheidung der gegenwärtigen Mitgliedstaaten - und zwar eine einstimmige Entscheidung, mit Zustimmung des Europäischen Parlaments, d.h. die Hürden sind hoch. [...] Ganz wichtig ist auch, dass nicht nur der Beitrittskandidat auf eine Mitgliedschaft in der EU vorbereitet ist, sondern dass auch die EU selbst aufnahmefähig ist. Auch aus diesem Grund brauchen wir ganz dringend eine institutionelle Reform der Europäischen Union, wie sie in der Europäischen Verfassung vorgesehen ist, damit auch dieses groß gewordene Europa mit 27 Mitgliedstaaten weiterhin handlungsfähig bleibt und noch ein Stück demokratischer, transparenter und bürgernäher wird. [...]



Sehr wichtig ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger besser mit der EU identifizieren, dass sie sich über Europa informieren und dass sie sich an der Diskussion über die Zukunft Europas beteiligen. Denn auch das politische Europa muss verstärkt von unten wachsen. [...] Deshalb freut es mich, dass Sie die gemeinsame Einladung des Bayerischen Landtags und der Vertretung der Europäischen Kommission zu diesem Jugendparlament angenommen haben. Ich muss sagen, dass ich in diesem Moment vor allem eines bin: sehr gespannt! Sehr gespannt darauf, wie sie die großen Fragen der Zukunft Europas debattieren werden, sehr gespannt auf die Resolution, die Sie verabschieden werden. Ich wünsche Ihnen allen gute Diskussionen, Erfolg bei Ihrer Arbeit - aber auch viel Spaß und interessante neue Bekanntschaften."





Dr. Stefan Rappenglück

3.3 Dr. Stefan Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa

Die EU braucht dringend die Diskussion und die Rückbindung

Rede zur Einführung in die Veranstaltung

„Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlamentes zur EU-Erweiterung

auch ich heiße Sie im Namen der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Münchner Centrum für angewandte Politikforschung, die das Jugendparlament durchführt, herzlich willkommen. Ich freue mich sehr, dass sie unserer Einladung gefolgt sind- noch dazu am ersten Ferientag der beginnenden Osterferien - wo manch anderer gerade Richtung Süden unterwegs ist.....

Zugleich möchte ich mich bereits an dieser Stelle bei allen Kooperationspartnern bedanken, die die Durchführung des Jugendparlamentes ermöglicht haben. An erster Stelle bei Herrn Dr. Henning Arp- stellvertretend für die Vertretung der Europäischen Kommission und Herrn Dr. Runge sowie Herrn Dr. Jäger für den Bayerischen Landtag. Und schließlich bei meinen beiden Kolleginnen, Frau Dr. Tham und Frau Bettina Schmitt, für die sehr intensive Vorbereitung des Jugendparlamentes.

Wir erleben dieses Jahr ein spezielles europapolitisches Jahr. Gerade vor einer Woche fanden in Berlin die Feierlichkeiten anlässlich des 50. Geburtstages der Römischen Verträge statt. Bis Ende Juni dauert noch die deutsche Ratspräsidentschaft- und etwas in den Hintergrund geraten ist- das Europäische Jahr der Chancengleichheit.

Europa betrifft uns immer stärker als wir das bisher wahrhaben wollten bzw. wahrgenommen haben. Von den jetzigen europapolitischen Entscheidungen sind aber Jugendliche - die das Europa von Morgen bilden werden- ganz besonders betroffen. Mit 75 Millionen Menschen bilden sie ein nicht unerhebliches Bevölkerungspotential.

Und dennoch zeigen Einstellungsuntersuchungen unter jungen Menschen- wie wir sie regelmäßig durchführen- ambivalente Einstellungen Jugendlicher zur Union. Zu weit weg erscheint die EU, der sogenannte „europäische Mehrwert“ - Was bringt Europa konkret für mich ? - wird nicht ersichtlich und es fehlen vor allem Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche.

Dieses Defizit wollen wir mit dem „Jugendparlament für Europa“ aufgreifen, in dem wir Ihnen für die nächsten zwei Tage ein Forum ermöglichen zur aktiven inhaltlichen Auseinandersetzung.

Im Rahmen dieses parlamentarischen Ansatzes werden Sie sich ab morgen früh intensiv in Ausschüssen mit aktuellen europapolitischen Themen im Kontext der EU-Erweiterung beschäftigen. Sie haben die Möglichkeit, Ihre Sichtweisen einzubringen und diese mit Abgeordneten des Bayerischen Landtags zu diskutieren. Ihre Ergebnisse werden in Stellungnahmen einfließen, die am Sonntag im Rahmen der Plenardebatte präsentiert und anschließend vom Gesamtplenum verabschiedet werden. Diese gemeinsamen Stellungnahmen werden dann an die zuständigen Gremien auf Landes-, Bundes- und Europaebene weitergeleitet werden, damit Ihre Ideen und Forderungen auch aktiv in den politischen Prozess eingebracht werden. Wir simulieren jedoch nicht den Entscheidungsprozess im Europäischen Parlament.

Sie werden die nächsten beiden Tage von Juniorteamerinnen und Juniorteamern betreut, die ich an dieser Stelle sehr herzlich begrüßen möchte. Sie sind von uns ausgebildete Moderatorinnen und Moderatoren, die den Ausschüssen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen.

Mit dem Ansatz des „Jugendparlamentes für Europa“ und dem Juniorteamansatz setzen wir modellhaft den von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten der EU seit dem letzten Jahr gewünschten „strukturierten Dialog mit der Jugend“ um. Was heißt dies? Sowohl die Europäische Kommission als auch die Mitgliedsländer haben erkannt, dass wesentlich stärkere Aktivitäten notwendig sind, um Europa näher an junge Menschen zu bringen. Ein Resultat dieses Prozesses ist eine seit einigen Jahren stärkere Zusammenarbeit in der europäischen Jugendpolitik, die Verabschiedung des sogenannten „Europäischen Paktes für die Jugend“ und eben die Förderung des strukturierten Dialogs mit der Jugend. Auf der letzten Sitzung der EU- Jugendministerinnen und -minister Ende Februar in Brüssel wurde die entsprechende Entschließung des Rates zur Förderung des aktiven europäischen Bürgersinns mit den wichtigsten Elementen:

- Förderung eines strukturierten Dialogs mit jungen Menschen über für sie wichtige Fragen
- Systematische Anhörung junger Menschen
- Entwicklung von Instrumenten zur Förderung der Beteiligung
- Stärkere Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie
- Diskussion über die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht

All diese Forderungen klingen gut- sind aber auch dringend notwendig.
Es liegt auch an Entscheidungsträgern diese Forderungen zu erfüllen!

Liebe Teilnehmende,
nutzen Sie die Gelegenheit dieser einmaligen Möglichkeit !! Schaffen Sie sich Gehör! Sagen Sie Ihre Meinung! Die EU braucht meines Erachtens dringend diese Diskussionen und die Rückbindung.“



Stella Schmid

3.4 Stella Schmid, Präsidentin der Jugendparlaments zur EU-Erweiterung

Der Baum trägt Früchte

Rede zur Eröffnung der Plenumsitzung des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung

„Sehr geehrte Mitmenschen,

das letzte Mal, als wir uns getroffen haben, wurden schon viele bedeutsame Sachen gesagt. Sie sollten uns anregen und motivieren. Jetzt ernten wir, was wir gesät haben.

Sicherlich sind ein paar Früchte geplatzt und wieder andere sind begraben worden, dennoch trägt der Baum Früchte!

Zwei Tage haben nicht annähernd gereicht, um mehr als nur einen kurzen Einblick in das politische Leben zu bekommen. Das ist nur der Anfang, denn wir haben in den Ausschüssen nur unsere Wünsche und Vorstellungen gegenüber der EU formuliert, ohne mit der Realität in Kontakt zu treten.

Man sollte diese ersten Schritte weiterhin fördern und wir sollten das Verständnis, das wir hinsichtlich der EU gewonnen haben, weiterhin vertiefen.

Denn das, was wir uns wünschen, wird nur in Erfüllung gehen, wenn wir den Dingen die Richtung weisen. Nur wenn wir uns aktiv daran beteiligen, kann die EU ein sozialer und wirtschaftlich fairer Teil dieser Welt werden. Denn anhand der Kritiken und Vorschläge kann man erkennen, dass dem nicht so ist.

Seid Täter der Taten und nicht der Worte!“



4. Ablauf des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung

4.1 Darstellung

Nach der Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung fand die Arbeit des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung am Freitag und Samstag in fünf verschiedenen Ausschüssen statt:

- Ausschuss Identität
- Ausschuss Sicherheits- und Außenpolitik
- Ausschuss Wirtschaftspolitik
- Ausschuss Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Ausschuss Institutionelle Fragen

Die einzelnen Ausschüsse konzentrierten sich in ihrem Themengebiet zunächst auf die Fragestellung, was die Europäische Union bereits auf diesem Gebiet erreicht hat und vor welchen Herausforderungen sie gegenwärtig steht. In einem weiteren Schritt wurden in den Ausschüssen Lösungsvorschläge im Blickwinkel künftiger Erweiterungsrounden entwickelt. Zur inhaltlichen Einarbeitung erhielten die Jugendlichen im Vorfeld einen Reader zum jeweiligen Ausschuss-Thema.

Die Arbeit in den Ausschüssen wurde von jeweils einer Juniorteamerin und einem Juniorteamer begleitet. Diese gaben weniger eine inhaltliche, als eine methodische Anleitung. Die Jugendlichen waren innerhalb ihrer Ausschuss-Thematik völlig frei in der Wahl des Diskussionsstoffes. Zur Vertiefung hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, mit Politikerinnen und Politikern zu diskutieren. Begleitet wurde das Parlament von einer Pressestimme zum Jugendparlament, die die Veranstaltung mit verschiedenen Interviews und Berichten dokumentierte.

Am Samstag Abend konnte jeder Ausschuss sein konkretes Ergebnis vorzeigen. Diese wurden zum Resolutionsentwurf zusammengefügt und am selben Abend an die Teilnehmenden verteilt.

Am Sonntag stand der Entwurf zur Diskussion und Abstimmung im Plenum im Bayerischen Landtag. Die von den Jugendlichen gewählten Ausschussvorsitzenden bildeten das Präsidium, die hieraus hervorgegangene Präsidentin des Jugendparlamentes eröffnete die Plenumsitzung. Aufgabe des Präsidiums war es, die Debatte im Plenum und die Abstimmung zu leiten. Die einzelnen Ausschusspapiere wurden zunächst im Plenum vorgestellt. Dann wurden die eingebrachten Änderungsvorschläge kurz vorgestellt, diskutiert und darüber abgestimmt. Danach wurde die Diskussion zum jeweiligen Ausschuss-Entwurf eröffnet und darüber abgestimmt. Nach einer intensiven Plenumdebatte konnte die Resolution verabschiedet werden.

Die verabschiedete Resolution wurde von den Landtagsabgeordneten Prof. Männle und Dr. Förster sowie dem Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München Dr. Arp in Empfang genommen und anschließend der Presse präsentiert. Die Resolution ist an Politikerinnen und Politikern weitergeleitet worden. Diese werden darauf Stellung beziehen.



4.2 Programm

Freitag 30.03.2007

Bis 14.30	Anreise der Teilnehmenden, Bezug der Zimmer
14.30	Transfer vom Haus International zum Bayerischen Landtag
15.00	Begrüßung und Eröffnung des Jugendparlamentes Dr. Martin Runge, Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten des Bayerischen Landtags Dr. Henning Arp, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München
15.30	Einführung in die Veranstaltung Dr. Rappenglück, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa
16.00	Warming Up mit dem Juniorteam: ‚Europa - Was geht uns das an?‘
19.00	Empfang im Landtag
21.00	Transfer vom Bayerischen Landtag zum Haus International

Samstag 31.03.2007

07.30	Frühstück
08.30	Transfer vom Haus International zum Bayerischen Landtag
09.00	Beginn der Ausschussarbeit
13.00	Mittagessen
14.30	Fortführung der Ausschussarbeit
16.00	Besuch von Parlamentariern des Landtags in den Ausschüssen
17.00	Kaffeepause
17.30	Abfassung der Resolutionen
19.30	Gemeinsamer Abend

Sonntag 01.04.2007

07.30	Frühstück
08.30	Transfer vom Haus International zum Bayerischen Landtag
09.00	Beginn der Plenarsitzung
12.00	Mittagessen
13.00	Fortsetzung der Plenarsitzung
15.00	Ende des Plenums
15.00	Pressekonferenz/Auswertung
16.00	Abreise der Teilnehmenden



4.3 Berichte der Pressestimme des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung, Marco Heuer

Hitzige Wortgefechte im Maximilianeum
Bayerisches Jugendparlament wünscht sich vor allem ein sozialeres Europa

Von Freitag bis Sonntag haben 87 Jugendliche aus ganz Bayern ihre Vorstellungen eines künftigen Europas in fünf Resolutionen auf den Weg gebracht. Die 15- bis 21-Jährigen diskutierten vor allem über die Themen Identität, Institutionen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt- und Sozial- sowie Sicherheits- und Außenpolitik. Das Jugendparlament wurde vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) im Auftrag der Vertretung der Europäischen Kommission in München und des Bayerischen Landtags durchgeführt.

Konzentrierte Atmosphäre im Bayerischen Landtag. Die jungen Abgeordneten wollen endlich für die Kraftanstrengungen der vergangenen Tage belohnt werden. Auf allen Tischen liegen die mehrseitigen Resolutionsentwürfe parat - mühevoll verfasst in zweitägiger Ausschuss-Arbeit. Änderungsanträge werden noch schnell eingereicht. Sprecher bekommen den letzten rhetorischen Feinschliff.

„Wir sind gut vorbereitet“, sagt Jakob Horn (18), Mitglied im Wirtschaftsausschuss und einer von vier stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden. Jakob weiß, wovon er spricht. Der Gymnasiast aus Bayreuth hatte schon vor seiner Teilnahme am Jugendparlament ein 7-Punkte-Programm zur Neugestaltung der wirtschaftlichen Ausrichtung in der EU erarbeitet. „Wir müssen die Rolle der Unternehmen neu definieren - der soziale Aspekt kommt mir viel zu kurz.“

Jugendparlamentspräsidentin ist die 18-jährige Stella Schmid. Ein kluger Schachzug, findet Jakob. „Eine junge Frau aus der autonomen Szene an vorderster Front im Maximilianeum - das ist ein absolutes Novum.“ Die Schülerin des Münchener Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums findet schon gleich zu Beginn der Plenarsitzung deutliche Worte.

„Seid Täter der Taten und nicht der Worte“, schwört sie die jungen Parlamentarier auf die anstehenden Aufgaben ein, „die EU kann ein tolles Projekt werden, wenn wir Jugendliche nur richtig aktiv sind.“ Im Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hat sich Stella selbst für ein Europäisches Sozialmodell und Mindestlöhne in den Mitgliedsstaaten ausgesprochen. Auch in den anderen Ausschüssen wurde unermüdlich an denkbaren und wünschenswerten Zukünften der Europäischen Union gebastelt.

„Ich hätte nicht gedacht, dass wir hier so viele Ideen zu Papier bringen. Beeindruckt hat mich vor allem das gute Diskussionsklima. Jeder hört dem anderen zu. So müsste Politik immer sein“, schwärmt Marina Schnitzler (20), Jura-Studentin in Passau und Mitglied des Ausschusses „Europäische Identität“.

Die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppen können sich sehen lassen. So soll auf europäischer Ebene eine Jugendorganisation gegründet werden, um die EU populärer zu machen. Für Schulen werden verpflichtende länderübergreifende Projekte vorgeschlagen, um das Verständnis und die Toleranz für andere Kulturen zu fördern. Zudem sollen kurze Auslandsaufenthalte fest im Lehrplan verankert werden. „Es ist eine Freude, diese Jugendlichen bei der Arbeit zu beobachten. Diese Art von Beteiligung ist eines der Erfolgsmodelle der Zukunft. Jugendparlamente sollten deshalb regelmäßig und nicht nur alle paar Jahre einmal stattfinden“, fordert der jugendpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Linus Förster.

Ermunterung für die jungen Abgeordneten gab es auch von Dr. Henning Arp, dem Leiter der Vertretung der EU-Kommission in München. „Wir haben sichergestellt, dass die Jugendlichen auf ihre Vorschläge eine Rückmeldung aus der richtigen Politik bekommen. EU-Erweiterungskommissar Rehn und die bayerische Europaministerin Müller haben bereits zugesagt.“

Nur keine politischen Phrasen als Antwort wünscht sich dann Kristina Tatarinova: Die gebürtige Russin hat bereits im Identitäts-Ausschuss die Frage-Antwort-Mentalität von Jugendlichen vor Augen geführt: Klare Fragen bedürfen klarer Antworten, „so einfach ist das“.



Ungewöhnlich klar mutet auch der Resolutionstext des Ausschusses für „Institutionelle Fragen“ an. Nach dem vorläufigen Aus der Europäischen Verfassung schlugen die Parlamentarier eine neue Kompetenz-Verteilung für die EU-Organen vor. Das Wichtigste: Das Europäische Parlament wird zur ersten Instanz der Legislative, kann Initiativen vorschlagen und ist an allen Gesetzen beteiligt. Die Europäische Kommission wird in eine vollwertige Europäische Regierung umgewandelt.

„Die EU täte in jedem Fall gut daran, die Vorschläge der Jugendlichen nicht einfach vom Tisch zu fegen. Europa braucht das Feedback seiner Bürger heute dringender denn je“, mahnt Dr. Stefan Rappenglück, Leiter der CAP-Forschungsgruppe „Jugend und Europa“.

Um die Jugendlichen bei ihren Denk- und Formulierungsprozessen zu begleiten, hat Rappenglück einmal mehr auf das im eigenen Haus entwickelte „Juniorteam“ und damit den erfolgreichen „peer-to-peer-Ansatz“ gesetzt. „Es zahlt sich nun mal aus, wenn die Teilnehmer von jungen Teamern betreut werden, die ihnen auf Augenhöhe begegnen können. Das motiviert ungemein.“ Die 21-jährige Cvetelina Todorova ist eine der zehn Juniorteamer. Die gebürtige Bulgarin ist vom Teamgeist des Jugendparlaments beeindruckt: „Hier sitzen 15-jährige Realschüler zusammen mit 22-jährigen VWL-Studenten an einem Tisch. Natürlich ist der Wissensstand unterschiedlich, aber man holt sich beieinander ab und versucht, gemeinsame Lösungen zu entwickeln.“

Gemeinsame Lösungen - die versucht Parlamentspräsidentin Stella Schmid auch bei den Abstimmungen im Plenarsaal zu erreichen. Diplomatische Fauxpas auf dem politischen Parkett stören sie dabei nicht. Als Mitglied der Münchener Kommune „Soma“, der selbstorganisierten Meta-Archis“, wie sie sich nennen, sei sie es nun mal gewohnt, direkt zu sagen, was sie denke. Ihre Stellvertreter begrüßen die direkte Ansprache. Europa ist wohl auch ein Stück ehrlicher geworden an diesem Sonntag.

Schweißperlen im Ausschuss

In den Fachgremien wird bis zuletzt um Argumente und Posten gekämpft

Der Ausschuss für Europäische Identität hätte sich eigentlich bei Oliver Löffler (18) bedanken können. Nicht akademisch, dafür aber durchaus lebensnah hat der Gymnasiast seine Vorstellung des „Wir-Gefühls“ benachbarter Staaten formuliert. Irgendwas muss schließlich dran sein, wenn der tschechische Gitarren-Lehrer über die gleichen Witze lacht wie der Gymnasiast aus dem grenznahen Cham. Doch trotz ausgefeilter Argumentationsketten - für die Wahl zum Ausschuss-Vorsitzenden hat es in der Fachgruppe „Identität“ am Ende doch nicht gereicht. Dass auch Kristina Tatarinova (21) bei der Abstimmung leer ausging, war indes nicht zu erwarten. Die gebürtige Russin hatte zuvor ein leidenschaftliches Plädoyer für ihre unermüdete Arbeitsbereitschaft gehalten. Sie sei nun mal eher eine Hardlinerin, die ihren Kollegen bei der Ausarbeitung der Resolution viel abverlangen werde. „Wieviel?“, wollte Patrick Schallweg (16) dann auch prompt wissen. Er sei zwar nicht faul, aber mit so viel Arbeit habe er dann doch nicht gerechnet, ließ er Kristina wissen, die sich längst mit ihrer Zukunft als angehende Islamwissenschaftlerin professionell auseinandergesetzt hat. Doch die Münchenerin wollte keine Anstrengungs-Amnestie gewähren. Ein Sieg schien ihr sicher, wäre da nicht der wohlfeile Auftritt von Gökhan Gulmez (19) gewesen. Der Abiturient wollte den geplanten EU-Beitritt der Türkei unbedingt auf die Agenda setzen. Provokative Fragen aus den Reihen seiner Mitstreiter meisterte er mit Bravour. Als Belohnung winkte schließlich das Amt des Ausschuss-Vorsitzenden.

Auch im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik wurde heftig debattiert. Versuche, Umschreibungen wie den „neoliberalen Zeitgeist“ in eigene Wort zu kleiden, erhitzen die Gemüter der Diskutanten bisweilen so stark, dass Teamer Piotr Kotyba (26) hin und wieder zu Sachlichkeit mahnen mussten. Sein Fazit fällt dennoch positiv aus: „Wir haben hier wirklich als ganze Gruppe intensiv nach Lösungen gesucht.“



Das ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, mit welchem unterschiedlichem Vorwissen die Teilnehmer nach München gereist sind“, so Kotcyba. Profitiert haben vor allem Schüler, deren Lehrplan sonst ganz andere Lerninhalte vorsieht. Sie haben nun die grundlegenden Ideen der Lissabon-Strategie verstanden, können die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds benennen und die Beschäftigungs- von der Arbeitslosenquote unterscheiden.

Dass man mit seinem Wissen trotzdem schnell an Grenzen stoßen kann, hat indes Sarah Laquer (19) gespürt. „Hätte ich mehr über den Mindestlohn gewusst, hätte ich noch besser mitreden können“, gesteht die Nürnbergerin selbstkritisch ein, einen Grund zur Resignation sieht sie deshalb nicht. „Sicher können wir an der einen oder anderen Stelle nur mit Spekulationen aufwarten. Aber das ist nicht schlimm. Wichtig ist, dass wir begreifen: Die Themen gehen uns tatsächlich etwas an.“

Eine unglaubliche Energie

Stella Schmid zeigt Führungsstärke als Präsidentin des Bayerischen Jugendparlaments

Klassensprecherin war sie nie - sie ließ sich lieber gleich zur Parlamentspräsidentin des Bayerischen Landtags in Amt und Würden wählen. Stella Schmid (18) verkörpert das, was andere wohl als ausgeprägten Sinn zur Authentizität, Meinungsfreude und Überraschungsbereitschaft bezeichnen würden: Erfrischend, direkt, vor allem aber unkonventionell. Die gebürtige Münchnerin macht keinen Hehl daraus, dass sie die Schule bisweilen sträflich vernachlässigt hat, um ihren Hang zum Savoir-Vivre auch mal in Berlin oder Barcelona unter Beweis zu stellen. Spontan versteht sich. Denn der Reifeprozess hat seine eigenen Gesetze. Dass sie als 18-Jährige noch immer die 10. Klasse des Wilhelm-Hausenstein Gymnasiums besucht - Nebensache. Inzwischen wohnt die von der Münchner Polizei regelmäßig in Augenschein genommene junge Frau mit den Dreadlocks in einer Kommune der Landeshauptstadt. Demos gegen den Irak-Krieg, Proteste gegen Neo-Nazis, Büchergeld und Studiengebühren prägten ihr politisches Bewusstsein. Das Jugendparlament hat ihr eine neue Tür aufgestoßen. „Ich möchte mich jetzt selbst in der Politik engagieren. Mal schauen, was sich bei den 'Grünen' machen lässt.“

Im Maximilianeum war das bereits eine ganze Menge. Vor allem in punkto Diskussionskultur setzte die Nachwuchsparlamentarierin schon vor Beginn der Plenardebatte deutliche Zeichen. Die Einhaltung der Menschenrechte, Toleranz und Achtung vor dem Andersdenkenden - all dies müssten Kennzeichen eines Redebeitrags sein, lässt sie auf einem Papier im Ausschuss für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik festhalten. Man schmunzelt, doch man nimmt sie ernst. Zu beeindruckend ist die Überzeugungskraft, mit der sie die Ausschuss-Mitglieder immer wieder an die eigene Gestaltungskraft erinnert. Illusionen macht sich Stella dennoch keine. „Ich denke, für die Politiker sind unsere Resolutionen nicht mehr als eine Meinungsumfrage. Dabei müsste das Gegenteil geschehen. Die Verantwortlichen sollten zeigen, dass sie es ernst mit uns meinen.“

Dass Stella zu ihren Worten steht, bekam auch der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Linus Förster, zu spüren. Er sollte den Ausschuss weniger über die Vorzüge der Sozialdemokratie aufklären, als sein Fachwissen zur Verfügung stellen.

Zum Affront kam es dennoch nicht. Förster mag solche klaren Ansagen. Couragiertes Auftreten von Jugendlichen ist eine seiner Lieblingsforderungen.

Im Plenum ist man derweil auf die Eröffnungsrede der Parlamentspräsidentin gespannt. Das geht auch Stella nicht anders. Sie spricht frei - ohne wirkliche Aufzeichnungen. Was am Ende dabei rauskommt, weiß auch sie nicht - „bei 90-prozentiger Improvisation“, wie sie selbst mutmaßt, „kein Wunder“. Aber so sind die nun mal, die Schmidischen Präsentationen - ein bisschen ungenau, dafür aber umso ehrlicher.



Auf der abschließenden Pressekonferenz - Seite an Seite mit den gestandenen Berufspolitikern - diktiert sie den anwesenden Journalisten noch mal die Vorzüge des Jugendparlaments in die Notizblöcke. „Diese Energie hier, das hätten Sie mal miterleben müssen“, strahlt eine erschöpfte, aber umso zufriedener Präsidentin. Mehr Zeit zum Diskutieren hätte sie sich gewünscht, dazu vielleicht noch eine bessere Mischung der Gruppe: mehr Hauptschüler, behinderte Teilnehmer und Studenten mit Fachwissen - all das wären für die 18-jährige Münchenerin noch Verbesserungsvorschläge gewesen, allerdings für eine Veranstaltung auf ohnehin schon hohem Niveau. Aber auch so werde sie von ihren Erlebnissen noch lange zehren. Auch wenn sie in ihrem Freundeskreis bis heute noch ungläubig gefragt wird: „Haben die Dich wirklich zur Präsidentin gewählt?“

Jugendparlamente in den Lehrplan

Schule muss sich stärker von Lern- zur Lebenswelt verändern

Dr. Linus Förster ist jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Bayern. Während des Jugendparlaments stand er den 87 Nachwuchsparlamentariern mit Rat und Tat zur Seite. Försters zentrale Forderung: Stellt den Politikern mehr unbequeme Fragen. Mit ihm sprach Marco Heuer.

Herr Förster, sind Jugendparlamente eine wirkungsvolle Form der Beteiligung?

→ Absolut. Deshalb sollten sie auch regulärer Bestandteil des Sozialkundeunterrichts werden. Ich rede hier bewusst von festen Strukturen. Natürlich ist es schön, hier im Landtag eine so repräsentative und glanzvolle Veranstaltung durchzuführen. Wir müssen aber schauen, dass wir die Jugendlichen auch in der Breite erreichen. Die Aktionstage an den Schulen würden sich dafür wunderbar eignen. Die Rahmenbedingungen müssen aber stimmen. Das Kultusministerium müsste die Kosten übernehmen, externe ausgebildete Teamer sollten die Projekte durchführen. Die Lehrer darf man damit jedenfalls nicht allein lassen, im Gegenteil, sie brauchen eher Entlastung.

Was können Jugendliche bei einem Jugendparlament lernen, was sie in der Schule sonst nur schwer vermittelt bekommen?

→ Sie bekommen ein Gefühl dafür, was es heißt, Kompromisse zu finden. Sie merken: Wer gut argumentiert, kommt schneller zum Ziel. Der Teamgeist wird gestärkt und natürlich auch die Kritikfähigkeit. Die eigene Position in den Ausschüssen und im Plenum immer wieder aufs Neue zu verteidigen, ist nicht einfach. Da geht es den Berufspolitikern übrigens nicht anders.

A propos Berufspolitiker, welche Fragen werden Ihnen von Jugendlichen denn immer wieder gestellt?

→ Wenn ich von meinem politischen Alltag erzähle, höre ich immer wieder: „Ich hätte Probleme, mich so für einen Kompromiss zu verbiegen.“ ... (Förster lacht) ... Naja, da haben die Jugendlichen schon recht, aber das gehört zur Politik eben auch dazu. Aber mal ganz ehrlich: Was mich selbst aufregt, ist die Unehrlichkeit vieler Politiker - gerade wenn es um Jugendthemen geht. An Tagen, wo die Presse nicht vor Ort ist, kommen viele meiner Kollegen erst gar nicht. Die gleichen Leute werden aber nicht müde, immer wieder über die Bedeutung von Partizipation zu sprechen. Was sie eigentlich meinen: Im Rechenschaftsbericht des Landtags sollte das Wort nur mal vorkommen. Mit gelebter Beteiligung hat das wenig zu tun.



Ist das politische Engagement der Jugendlichen in den letzten Jahren zurückgegangen?

→ Ich stelle zumindest fest, dass viele Schüler und Studenten einfach zu brav geworden sind bzw. immer noch zu brav sind. Eine Mitschuld trägt dabei auch unser Bildungssystem. Schule und Universität sind mittlerweile so modularisiert, dass es an experimentellen Freiräumen fehlt. Wo sollen sich die jungen Leute denn noch ausprobieren, wenn nicht dort? Übrigens: Auch in den Jugendverbänden spielt die politische Arbeit eine zu geringe Rolle.

Was würden Sie sich konkret von der Schule wünschen?

→ Dass ein radikales Umdenken stattfindet. Wir brauchen die Schule in erster Linie als Lebens- nicht als Lernwelt. ... (Er schmunzelt) ... Die Jugendlichen fordere ich auf, die Politiker wieder verstärkt in den Hintern zu treten. Nur wer lernt, unbequeme Fragen zu stellen, setzt sich auch mit seiner eigenen Zukunft verantwortungsvoll auseinander. Landtagspräsident Glück hat in diesem Zusammenhang sogar schon mal zur „jugendlichen Rebellion“ aufgerufen.

Mit welchen Gedanken und Gefühlen sollten die bayerischen Schüler und Studenten denn vom Jugendparlament wieder nach Hause fahren?

→ Schön wäre es, wenn möglichst viele von ihnen denken: „Politik ist zwar komplex, aber sie lässt sich auch mitgestalten.“ ... (Förster überlegt) ... Ja, und dann sollten sie sagen: „Ich will das künftig auch tun.“

„So sollten wir immer diskutieren“

Zwei Wochen nach den Debatten im Landtag fängt das Engagement bei manchen Jugendlichen erst richtig an

„Es hat sich auf alle Fälle gelohnt.“ Am liebsten würde sich Roman Krüger (16) gleich noch einmal für die Teilnahme an einem Jugendparlament bewerben. Rund zwei Wochen nach dem Praxisexkurs im Maximilianeum schwärmt der Realschüler aus Bruck noch immer von den Erfahrungen im Bayerischen Landtag. Vor allem die multikulturelle Zusammensetzung des Wirtschafts-Ausschusses hat ihm gefallen. Und nicht nur das. Auch inhaltlich hat Roman seine Verbündeten gefunden: „Ich habe Georgi gefragt: Glaubst Du nicht auch, dass der EU-Beitritt für manche osteuropäische Länder zu früh kam? Er hat mir zugestimmt. Das fand ich toll. Er ist schließlich Bulgare.“ Argumentationshilfen gab es von der Landtagsabgeordneten der Grünen, Christine Kamm. „Ich bin froh, dass uns die Politiker hier einen Einblick in ihre Arbeit gegeben haben. Jetzt verstehe ich die Zusammenhänge viel besser“, sagt Roman, der sich jetzt auch zu Hause intensiver mit den Nachrichten auseinandersetzen will. „Natürlich ist man jetzt sensibilisiert, besonders genau hinzuhören - vor allem, wenn es um das Thema Europa geht.“ Von den Politikern wünscht er sich grundsätzlich mehr Beachtung - nicht nur für die ausgearbeitete Resolution. „Immer geistert das Wort Partizipation durch die Medien. Vieles bleibt aber theoretisch. Richtig handeln können wir ja meist nur in Ausnahmefällen.“ Dabei hat Roman schon konkrete Ziele vor Augen. „Die Herabsetzung des Wahlalters bei der Europawahl wäre ein guter Schritt.“



Barbara Tham

Die Bedeutung der eigenen Stimme bei Wahlen hat auch Celina Höpfler (18) erkannt. Die Gymnasiastin aus Elsendorf bei Mainburg hat sich vor der letzten Bundestagswahl umfassend mit den Parteien auseinandergesetzt. Vom Jugendparlament fühlt sie sich stark inspiriert. „In unserem Ausschuss für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben wir wirklich intensiv diskutiert. Das war eine völlig neue Erfahrung. In der Schule erreichen wir dieses Niveau jedenfalls so gut wie nie.“ Auch wenn Celina in den nächsten Jahren Psychologie studieren will, den Streit um eine bessere Politik möchte sie in Zukunft nicht mehr missen. Beim Thema Chancengleichheit hatte sie bis zuletzt mit ihrer Ausschuss-Kollegin Sarah um prägnante Formulierungen in der Resolution gerungen.

„Was wir vor allem brauchen, ist die Chancengleichheit zwischen den einzelnen Mitgliedsländern in der EU“, sagt Celina, „es macht keinen Sinn, ständig nur über die Unterschiede zwischen Männern und Frauen zu reden. Hier sind wir auf einem guten Weg. Der Konflikt ist doch inzwischen so gut wie gelöst.“

Aufklärungsarbeit sieht sie dagegen noch im eigenen Freundeskreis. „So mancher versteht einfach nicht, dass er selbst etwas bewegen kann, dass es wirklich auf den einzelnen ankommt.“ Das gelte vor allem für Berufsschüler. „Die erfahren manchmal einfach gar nicht, was alles so möglich ist“, sagt Celina. Deshalb sei es wichtig, diese Zielgruppe nicht aus den Augen zu verlieren. Warum sollten nicht auch sie nach so einer Veranstaltung mal sagen: „Es hat sich auf alle Fälle gelohnt.“

Peer-to-peer in die Zukunft

Beim Münchener Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) steht Jugend-Beteiligung weiter hoch im Kurs

Das „Juniorteam Europa“ der Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP feiert in diesem Jahr seinen elften Geburtstag. Grund zum Ausruhen gibt es allerdings nicht. In einer globalisierten Welt wird auch die Mitbestimmung Jugendlicher zu einem immer wichtigeren Gradmesser für eine funktionierende Gesellschaft insgesamt. Über die Chancen von Jugend-Partizipation sprach Marco Heuer mit Barbara Tham, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP.

Frau Tham, was können Jugendparlamente heute leisten?

→ Jugendparlamente bieten die Möglichkeit, den politischen Diskurs zu fördern. Zum einen können die Jugendlichen politische Sachverhalte besser untereinander diskutieren, zum anderen wird auch der Dialog mit den Politikern angeregt. Wenn wir uns das Jugendparlament zur EU-Erweiterung anschauen, das Ende März im Bayerischen Landtag stattgefunden hat, sieht man: Die Jugendlichen haben sich in konzentrierter Form mit einem doch sehr komplexen Thema auseinandergesetzt. Sie haben einen eigenen Standpunkt formuliert und unterschiedliche Sichtweisen miteinander diskutiert. Wichtig ist, dass die jungen Menschen auch Gelegenheit erhalten, ihre Standpunkte und Forderungen mit politischen Entscheidungsträgern auszutauschen. Ihre Ideen müssen auch in die politische Praxis einfließen können. Inwieweit sie dort dann Beachtung finden, ist Sache der Politiker.

Mit welchen Beteiligungsformen arbeitet das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)?

→ Mit unserer politischen Jugend- und Bildungsarbeit knüpfen wir immer an den Interessen und Voraussetzungen der Teilnehmenden an. Das CAP setzt dabei auf kreative und aktivierende Methoden.



Die Interessen der Jugendlichen stehen im Mittelpunkt der Veranstaltungen. Zentraler Gedanke dabei: Die Beschäftigung mit Politik soll nicht belehrend wirken. Die Jugendlichen sollen ernst genommen werden. Sie müssen in der Lage sein, die Themen aus ihrem Blickfeld zu bearbeiten. Die Auseinandersetzung mit Politik, sonst oft ein hartes Brot, macht so durchaus Spaß und motiviert zu größerer Beteiligung. Von besonderer Bedeutung ist auch der Einsatz des Juniorteams. Hier arbeiten junge Menschen, die vom CAP als Multiplikatoren ausgebildet worden sind, mit anderen jungen Menschen zusammen. Der so genannte peergroup-Ansatz fördert das gemeinsame Lernen und schafft eine besondere Atmosphäre. Die Jugendlichen spüren: Wir können hier selbst etwas bewirken.

Können Sie die relevanten Themen der Zukunft einmal benennen?

→ Von besonderer Bedeutung für die Beziehung der EU zu ihren Bürgern, aber auch insgesamt für das Verhältnis von Politik und Bevölkerung, ist die Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Frage ist doch: Wie gelingt es, die Menschen und vor allem auch junge Leute wieder näher an politische Ereignisse heranzuführen und das Engagement in Politik und Gesellschaft zu fördern? Ich denke, es ist wichtig, das Verständnis für politische Prozesse zu stärken, gleichzeitig aber auch die Möglichkeiten der Mitwirkung zu fördern. Dies gilt vor allem für die europäische Ebene, die viele EU-Bürger immer noch als „zu kompliziert“ und „unverständlich“ beschreiben. Über eine Ablehnung der Europäischen Union brauchen wir uns dann nicht zu wundern.

Mit einer gemeinsamen Europäischen Jugendpolitik will die EU die Jugendlichen der einzelnen Mitgliedstaaten fit für die Zukunft machen. Welchen Anteil leisten die Deutschen selbst?

→ Jugendarbeit und Jugendpolitik sind in der Bundesrepublik fest verankert und haben eine lange Tradition. Selbstverantwortung und Beteiligung von Jugendlichen haben bei uns schon immer eine große Rolle gespielt. Die Jugendverbände mit ihrem Engagement für Staat und Gesellschaft sind hierfür ein gutes Beispiel.

Allerdings müssen diese Beteiligungsformen auch weiterentwickelt und zukunftstauglich gestaltet werden. Wir brauchen neue Ideen, um Jugendliche zu erreichen, die sich ansonsten nicht öffentlich engagieren. Sicherlich gibt es in diesem Bereich gute Modellprojekte. Die große Herausforderung besteht jedoch darin, diese auch breitenwirksam einzusetzen.

Hinzu kommen die finanziellen Rahmenbedingungen - die sind in der Regel leider unzureichend. Viele Vorhaben scheitern eben doch am Geld. Dabei sind Investitionen in die Jugend ein unbestrittener Gewinn für die Zukunft unserer Gesellschaft. Was wir für die nationale Jugendpolitik also brauchen, sind mutige Zukunftsinvestitionen. Nur so können die vorhandenen Potenziale der Jugendlichen als eine ergiebige Quelle der Gesellschaft schöpferisch genutzt werden.



4.4 Ausschüsse

4.4.1 Ausschuss Identität

Im Ausschuss Identität beschäftigten sich 15 Jugendliche unter Leitung der Juniorteamer Silke Mollenhauer und Stephan Kayser mit der Frage der Identität.

Welche Gemeinsamkeiten verbinden die Europäer? Sind es die christlich-abendländische Kultur, gemeinsame Werte, der gemeinsame Markt, die gemeinsame Rechtsordnung? Auf welche weiteren Staaten kann sich der Erweiterungsprozess erstrecken? Diese Eingangsfragen beschäftigten den Ausschuss Identität.

Sie führten die Jugendlichen zu drei Handlungsbereichen unter dem Blickwinkel Erweiterung, auf die sie ihr Augenmerk lenkten und zu denen Lösungsansätze erarbeitete:

- Kommunikation und Bürgernähe
- Bildung und Sprache
- Türkeifrage

Am Samstag Nachmittag konnte der Ausschuss Frau Prof. Ursula Männle (CSU), stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und begrüßen. Ihr wurden die drei Teilbereiche im Einzelnen vorgestellt und erörtert.





4.4.2 Ausschuss Institutionelle Fragen

16 Jugendliche beschäftigten sich unter Anleitung der Juniorteamer Marianne Böhme und Marco Zinnen mit dem Reformbedarf der institutionellen Institutionen: Welcher institutionelle Rahmen hält die erweiterte EU zusammen? Ist ein Europa der 27 und mehr Mitgliedstaaten noch handlungsfähig?

Mit dem einleitenden Gedanken, dass es angesichts des gescheiterten Verfassungsprozesses für künftige Erweiterungen von großer Bedeutung ist, eine handlungsfähige, demokratische und transparente Struktur zu schaffen, präsentierten sie Lösungsvorschläge sowohl auf legislativer als auch exekutiver Ebene. Dieses wurden anhand eines Schemata visualisiert.

Der Ausschuss Institutionelle Fragen erörterte sein Konzept am Samstag Nachmittag mit dem Landtagsabgeordneten Herrn Reinhold Bocklet (CSU), ehemaliger Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Mitglied des Europaausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten





4.4.3 Ausschuss Wirtschaft

Wie wird sich der europäische Markt im Zuge der Erweiterung gestalten? Wie kann sich die EU auf dem Weltmarkt behaupten?

Diese Fragen führten die 17 Jugendlichen des Ausschusses Wirtschaft unter Leitung der Teamer Melanie Hoffarth und Hilmar Girnus zu zwei zentralen Bereichen: Zum einen Forschung und Entwicklung, der ihrer Ansicht nach zum wichtigsten Posten im EU-Haushalt aufsteigen soll. Zum anderen forderten sie einen Ausgleich des Wohlstandgefälles innerhalb der EU.

Frau Christine Kamm (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, diskutierte am Samstag Nachmittag angeregt mit den Teilnehmenden.





4.4.4 Ausschuss Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Unter Anleitung der Teamer Cvetlelina Todorova und Piotr Kocyba stand der Ausschuss Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor der Frage, wie die Arbeitswelt in einem erweiterten Europa aussehen wird, zudem welches Gesicht eine Sozialpolitik haben soll. Dies führte die 18 Jugendlichen in ihrem Entwurf zu Handlungsempfehlungen auf vier Bereichen:

Schulwesen, Europäisches Sozialmodell und Gleichberechtigung. Der vierte Vorschlag zum Punkt Mindestlohn, bei dem Pläne und zeitliche Limits der Mitgliedstaaten vorgelegt werden sollten, wurde vom Plenum jedoch durch Änderungsvorschlag wieder herausgenommen.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Linus Förster (SPD), jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, nahm sich am Samstag viel Zeit, um dem Ausschuss beratend zur Stelle zu stehen.





4.4.5 Sicherheits- und Außenpolitik

Wie soll der Frieden künftig in Europa gesichert werden und wie geht die EU mit den Nachbarn an künftigen Außengrenzen um?

Unter Anleitung der Teamer Stephanie Kessler und Tilmann Liebert kamen die 18 Jugendlichen des Ausschusses zu dem Ergebnis, dass in der Türkei-Frage, bei der Aufstellung einer EU-Armee und angesichts der Gefahr des internationalen Terrorismus an Handlungsempfehlungen gearbeitet werden muss.

Herr Bernd Sibler (CSU), jugendpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, stellte sich in diesem Ausschuss der Diskussion am Samstag Nachmittag.





5. Die Resolution des Jugendparlaments zur EU-Erweiterung

Das Jugendparlament zur EU-Erweiterung, das am 30.03. - 1.4.2007 im Bayerischen Landtag in den fünf Ausschüssen Identität, Institutionelle Fragen, Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Sicherheits- und Außenpolitik getagt hat, ist aufgrund der aktuellen Situation zu folgenden Handlungsempfehlungen gekommen:

Identität

Demokratie baut darauf auf, dass sich die Bevölkerung mit ihren Politikern identifizieren kann und sich von ihnen würdig vertreten fühlt. Gerade bei der EU fällt dies besonders schwer, da nationale Identitäten und somit das Verständnis für national agierende Politiker größer ist, als die Identifikation mit einem supranationalen Organ.

Kommunikation und Bürgernähe

Um die Identifikation der Bürger mit der EU zu steigern, muss die Distanz zwischen dem Bürger und der EU verkleinert werden. So zeigt beispielsweise die Wahlbeteiligung, dass nur etwa 50% an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen, während bei nationalen Wahlen etwa 30% mehr, also etwa 80% der Wahlberechtigten ihre Stimme nutzen. Die Ursachen sind fehlende Transparenz, Mangel an Präsenz in den Medien und vor Ort, sowie Unwissenheit und Desinteresse der Bevölkerung der Mitgliedstaaten. So glauben nur 2% der Jugendlichen sehr gut über die EU informiert zu sein, 54% ein wenig und 17% nichts über die EU zu wissen.

Um mehr Kommunikation und Bürgernähe zu erreichen, muss die Medienpräsenz erhöht werden. Deshalb sind öffentliche Auftritte von EU-Mitarbeitern bei Veranstaltungen bzw. Eröffnungen von EU-finanzierten Projekten notwendig. Somit realisieren die Bürger, dass die EU nicht fern ist, sondern direkt ihr Alltagsleben beeinflusst. Dadurch wird auch der Dialog mit Vertretern der EU, insbesondere der Wahlkreisabgeordneten ermöglicht.

Vor allem Jugendliche sollten die Möglichkeit erhalten, aktiv eingebunden zu werden. Durch die Gründung einer Jugendorganisation auf europäischer Ebene, die von der EU unterstützt wird, könnten sich Jugendliche unabhängig von Parteiinteressen politisch engagieren. Die „Young Europeans“ könnten z.B. internationale Jugendparlamente organisieren und so die EU direkt vor Ort populärer machen. Außerdem kann durch interkulturellen Austausch von Ortsgruppen verschiedener Länder ein größeres Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl innerhalb der EU aufgebaut werden und folglich das europäische Bewusstsein gestärkt werden.

Bildung und Sprache

Durch den verstärkten kulturellen Austausch sollten insbesondere Schüler die Möglichkeit haben, andere Kulturen kennen zu lernen, Vorurteile zu beseitigen und idealer Weise Gemeinsamkeiten, die verbinden, zu entdecken. Ebenso sollen Unterschiede entdeckt, toleriert und als Bereicherung angesehen werden. Des Weiteren soll durch die Verbesserung der Sprachkenntnisse die Mobilität innerhalb der EU erhöht werden.

Insgesamt wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. Identifikation untereinander geschaffen und Werte wie Offenheit und Toleranz vermittelt werden. Dies fördert das Zusammenleben, das gegenseitige Verständnis und sichert auf Dauer den Frieden in Europa.



Es haben sich drei schwerwiegende Defizite in der aktuellen Schulsituation herauskristallisiert. Erstens wird die Wichtigkeit von kulturellem Austausch insbesondere Schüleraustausch in vielen Schulen zu wenig betont, einerseits für den interkulturellen Dialog und andererseits für die eigene berufliche Perspektive. Zweitens gibt es zwar zahlreiche Förderprogramme der EU, doch die Information dazu und Motivation daran teilzunehmen, ist an den Schulen zu gering. Drittens fallen Angebote und Chancen für Schülerbegegnungen (Gruppe, Einzel) sowohl zwischen als auch innerhalb der Schulform unterschiedlich aus.

Als Lösungsansätze sehen wir verschiedene Aspekte:

Zum einen muss frühzeitig und verstärkt über den Schüleraustausch und seine Finanzierung informiert werden und durch seine positiven Auswirkungen motiviert werden. Zum anderen muss daher auch die Möglichkeit gegeben sein kürzere und längere Auslandsaufenthalte mit dem Lehrplan und der Schullaufbahn besser zu vereinbaren. Konkret wäre es gut, wenn kürzere Auslandsaufenthalte in den Lehrplan von vornherein eingeplant sind. Dies soll für alle Schularten gelten. Grundlage ist natürlich eine gemeinsame Sprache. Daher wäre es wünschenswert unbenotete, freiwillige und vor allem günstige bzw. kostenlose Sprachkurse nachmittags an Schulen anzubieten. Im regulären Unterricht sollte vermehrt auf andere Denkweisen und Kulturen und wie man sich mit ihnen auseinandersetzt, gesetzt werden. Ebenfalls können gemeinsame, gleichwertige „Abschlüsse“ schon vor Bachelor und Master für eine gemeinsame Identität fördernd sein. Ein gemeinsames Länderübergreifendes Projekt an allen Schulen, das den Schülern durch intensive Beschäftigung mit der Religion, der Kultur und den Sitten zugänglich macht, wäre eine weitere Idee, gemeinsame Identität zu stiften.

Türkeifrage

Mit einem möglichen Beitritt der Türkei in die EU stellt sich noch einmal verstärkt die Frage nach der europäischen Identität. Europa und die Türkei sind seit Jahrhunderten geschichtlich miteinander verbunden. Die christlich-abendländischen Traditionen stehen nicht im Widerspruch mit der Aufnahme der Türkei, denn die Werte und das Menschenbild, für welche die EU steht, sind auch grundlegend für die Türkei. Genauso wie viele europäische Staaten ist die Türkei ein laizistischer, sozialer und demokratischer Rechtsstaat.

In den letzten Jahren wurden die von der EU geforderten Kopenhagener Kriterien erfüllt und die nationale Gesetzgebung wurde dem europäischen Recht angepasst.

Die Türkei hat sich den westlichen Bündnissen, zum Beispiel der NATO und OSZE, angeschlossen und ist außerdem ein Mitglied im Europarat.

Wir empfehlen eine verstärkte Aufklärung in allen europäischen Ländern, welche zum Beispiel durch einen kulturellen Austausch gefördert werden könnte in Form von Schüler- und Studentenaustausch.

Umfragen haben ergeben, dass ein großes Unwissen über die Türkei in der EU herrscht. Um Vorurteile zu verhindern, sollte in den europäischen Schulen mehr das Thema Türkei thematisiert werden.

Die Medien sollten Verantwortung zeigen und mehr positive Nachrichten bringen.



Institutionelle Fragen

Einleitung

Angesichts des gescheiterten Verfassungsprozesses, aufgrund der Ablehnung des Verfassungstextes durch die französische und niederländische Bevölkerung, ist die Diskussion über die Kompetenzen und den Aufbau der europäischen Institutionen wieder verstärkt auf der politischen Tagesordnung zu finden. Infolge dieser Entwicklung ist es auch für junge Menschen äußerst wichtig, sich mit der grundsätzlichen Thematik eines vereinten Europas und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer gemeinsamen, erneuerten Grundlage auseinanderzusetzen. Gerade wegen der vergangenen und zukünftig möglichen europäischen Erweiterungen sowie der daraus entstehenden Vergrößerung der Institutionen und des Verwaltungsapparates, ist es von großer Bedeutung, eine handlungsfähige, demokratische und vor allem transparente Struktur der europäischen Institutionen zu entwickeln. Dieser Herausforderungen hat sich der Ausschuss für Institutionelle Fragen angenommen und visionäre, aber der Realität Folge tragende Lösungsvorschläge erarbeitet.

Aktuelle Situation

Die aktuelle Situation stellt sich wie folgt dar:

- a. Der EU mangelt es an Handlungsfähigkeit, da keine klare Kompetenzzuordnung zwischen EU und nationaler Ebene vorhanden ist. Des Weiteren spielen nationale Interessen durch die starke Repräsentation der Exekutive der einzelnen Mitgliedsstaaten im Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene eine zu dominante Rolle. Dadurch werden Entscheidungen häufig im nationalen und nicht europäischen Interesse getroffen.
- b. Eine demokratische Struktur der EU wird nicht ausreichend gewährt, da das Parlament nicht die Möglichkeit hat, als einzige vom Bürger direkt gewählte Institution, eigenständig Gesetze vorzuschlagen sowie über alle Gesetzesvorschläge der Kommission mit abzustimmen. Dies erklärt auch die geringe Beteiligung bei den Wahlen zum EU-Parlament.
- c. Es fehlt an Transparenz für den Bürger, da z.Z. keine festen Regelungen für die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen des Ministerrats vorgeschrieben sind. Außerdem fehlen der EU Persönlichkeiten, die mit europäischer Politik in Verbindung gebracht werden können, was die EU für den Bürger schwieriger greifbar macht.

Aufgrund der oben geschilderten Problemlage schlagen wir eine handlungsfähigere, demokratischere und transparentere neue Struktur der Institution vor.



Handlungsempfehlungen

Legislative:

Die Gesetzgebungskompetenz verteilt sich auf zwei Organe. In beiden wird nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit abgestimmt:

Das Parlament:

- gewählt von allen wahlberechtigten europäischen Staatsbürgern alle fünf Jahre nach einer gleichberechtigten Verhältniswahl
- 7 %-Klausel
- Wird zur ersten Instanz der Legislative, indem es Gesetzesinitiative und das Entscheidungsrecht bei allen Gesetzesvorlagen innehat
- Wählt den „EU-Präsidenten“

Die Staatenkammer:

- wird besetzt aus 27 Abgesandten der nationalen Regierungen, die weiter-hin nach bisherigen nationalen Bestimmungen gewählt werden
- stellt die zweite Instanz der Legislative dar, indem es ebenfalls Gesetzesinitiative sowie das Entscheidungsrecht bei zustimmungspflichtigen Gesetzen hat
- ernennt die Richter des „Europäischen Gerichtshofes“

Der Vermittlungsausschuss:

- Vermittlung zwischen Staatenkammer und Parlament bei Dissens im Gesetzgebungsprozess
- besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern des Parlaments und der Staatenkammer

Bürgerbegehren:

- Einbringung eines Gesetzesantrages in das EU-Parlament möglich bei drei Millionen Unterschriften von europäischen wahlberechtigten Staatsbürgern

Exekutive:

Die bisherige Europäische Kommission wird in eine vollwertige europäische Regierung umgewandelt.

Die EU-Regierung:

- untersteht dem EU-Präsidenten
- sie setzt sich aus den EU-Ministern zusammen, die von den Fachministerräten als Teil der Staatenkammer dem EU-Präsidenten vorgeschlagen werden
- Ernennung dieser EU-Minister durch den EU-Präsidenten; bei Ablehnung muss der EU-Präsident den entsprechenden Fachministerräten einen Gegenkandidaten vorschlagen

Der EU-Präsident:

- ist Chef der Regierung der Europäischen Union und ist gleichzeitig ihr höchster Repräsentant
- ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig (konstruktives Misstrauensvotum)



Wirtschaftspolitik

Zunächst hat uns 1957 die Wirtschaft zusammengeführt. Heute definiert sich die EU jedoch durch viel mehr. Trotzdem stellt der anfängliche Beweggrund noch immer eine der wichtigsten Eckpfeiler der Europäischen Union dar.

Doch was genau bedeutet das für uns und für Staaten außerhalb der EU?

Mit einem Anteil von 20% am Welthandel ist die EU der größte Handelspartner, 43% aller Exporte stammen aus europäischen Ländern, Europa nimmt 44% aller Importe auf und seit seiner Einführung hat der Außenwert der Gemeinschaftswährung EURO gegenüber den wichtigsten internationalen Währungen zugelegt. Die Europäische Union ist ein Erfolgskonzept, das durch Verantwortung und Kompetenz sein Wirtschaftsraum stetig vergrößert.

Aus diesem Grund geht die EU auch mit dem Thema Erweiterung wohl überlegt um.

Denn wir dürfen nie vergessen, die Wirtschaft tangiert alle Facetten unseres Lebens und Vielfalt stellt eine Bereicherung für die EU, für jeden Mitgliedsstaat, sowie jeden Bürger dar.

Forschung und Entwicklung (F&E), Binnenmarkt

Unser Ziel ist es F&E zum wichtigsten Posten im EU-Haushalt zu machen. Denn Forschung und Entwicklung ist von essentieller Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU, weil es nachhaltig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Union sichert. Im Angesicht der Wandlung einer postindustriellen Gesellschaft zur Wissensgesellschaft ist dieser Schritt von grundlegender Bedeutung. Es geht darum, unseren Technologievorsprung zu erhalten und weiter auszubauen. Nur durch F&E können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei ist zu beachten, dass der Schutz geistigen Eigentums zu berücksichtigen ist. Wir fordern eine Wiederbelebung und Intensivierung der Lissabon-Strategie. Konkret wollen wir eine Neuverteilung der EU-Gelder zugunsten unserer Zielsetzung auf Kosten des primären Sektors. Denn der Agrarsektor nimmt einen unverhältnismäßig großen Anteil am EU - Haushalt ein.

Die Agrarsubventionen sollen daher schrittweise auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden und zum Teil der F&E zugute kommen. Durch die Reduzierung der staatlichen Beihilfen würde der Agrarsektor auf dem Weltmarkt auch wieder wettbewerbsfähig werden, was sie auch ohne Subventionen erreichen können. Außerdem würde eine Reduzierung der Agrarsubventionen aktive Entwicklungshilfe bedeuten, da es dann für Entwicklungsländer möglich wäre, den europäischen Markt zu erschließen.

Des Weiteren soll der Wissenstransfer innerhalb der EU gefördert werden. Im internationalen Wettbewerb ist es wichtig, das Bildungsniveau in Europa anzuheben. Es sollte mehr Geld in Köpfe als in Kühe investiert werden. Der europäische Binnenmarkt soll zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasiertesten Wirtschaftsraum der Welt werden.

Erweiterungen

Die besondere Problematik bei den letzten Osterweiterungen der EU 2004/07 besteht in den teilweise enormen Wohlstandsgefällen. Hauptaufgabe der EU in diesem Bereich muss die wirtschaftliche Integration der aufgenommenen Länder sein, um die Wohlstandsgefälle zu reduzieren. Dies kann man erreichen, wenn neue Wirtschaftszweige in den Ländern integriert werden (z.B. High-tech oder nichtländerspezifische Waren, die gut integrierbar sind). Die Spezialisierung auf Schlüsselkompetenzen ist die Richtung, in der die Länder das Beste von sich selbst weiterentwickeln (typische Waren oder Dienstleistungen), insbesondere Förderung von Qualitäts- statt Quantitätsarbeit.

Die Selbstständigkeit der Länder muss beibehalten werden, da regionale Probleme vor Ort am effektivsten



gelöst werden können. Dennoch muss es strenge europäische Richtlinien geben. Andererseits ist der Ausbau der Infrastruktur wichtig - transeuropäische Wege und Logistikzentren machen den Warenverkehr effektiver. Es muss für eine Verbesserung der Chancengleichheit der europäischen Bürger gesorgt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten gibt es auch für weitere Erweiterungen keine prinzipiellen Bedenken, sofern die weiteren wichtigen Aspekte, wie funktionierende Rechtsprechung, Marktwirtschaft und weitere essentielle Politikfelder einem Beitritt nicht im Wege stehen.

So sind die momentan diskutierten Beitrittskandidaten, wie die Türkei und Kroatien, nicht prinzipiell abzulehnen.

Arbeits- und Sozialpolitik

Einleitung

Wir müssen feststellen, dass der Sozialpolitik in der EU zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Leider dominieren in der Europäischen Union wirtschaftliche Fragen. Aufgrund der vielen aktuellen Brennpunkte, unter anderem dem sozialen Gefälle (sowohl innerhalb der EU als auch innerhalb der Mitgliedsstaaten), herrscht hier dringender Handlungsbedarf. Ebenso wollen wir die aktuelle Problematik der Bildungspolitik aufzeigen.

Das Jahr 2007 wurde zum Jahr der Chancengleichheit innerhalb der EU erklärt, eine Chancengleichheit die allen Europäern unabhängig ihrer zahlreichen Unterschiede einen gesicherten Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren soll. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau stellt einen zentralen Bestandteil dieses Projekts dar. Von der EU wurden 15 Millionen Euro Fördermittel zu Verwirklichung eines sozial gerechten Europas bereitgestellt.

Aktuelle Situation

Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage in der EU, der geringen Beschäftigungsquote der Frauen, als auch der Jugendlichen, ist ein neuer Impuls in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unabdingbar. Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der Mitgliedsstaaten (vor allem seit der EU-Osterweiterung) und die großen Unterschiede im Sozial- und Bildungswesen sind nicht tragbar. Deswegen muss Europa auch für diese Länder eine Alternative finden, um ihre Volkswirtschaften auf andere Art und Weise zu stärken und die sozialen wie finanziellen Diskrepanzen zu überwinden.

Trotz jahrelanger Bemühungen zur Gleichstellung der Frau in der Arbeitswelt sind in der EU immer noch schockierende Missstände offensichtlich. Die Arbeitslosigkeit bei Frauen liegt knapp 2% höher im Vergleich zu den Männern. Auch die Beschäftigungsquote liegt 20% unter der der Männer.

Führungspositionen werden hauptsächlich von Männern besetzt und das starke Lohngefälle bei gleicher Arbeit steht im harten Kontrast zum europäischen Prinzip der Gleichberechtigung.

Deswegen haben wir folgende konkrete Handlungsforderungen ausgearbeitet:



Handlungsempfehlungen

Schulwesen:

- Chancengleichheit in Punkto Bildung für alle EU-Bürger
- Bildung in Europa soll kein Privileg sein nicht abhängig von finanziellem Hintergrund und sozialer Herkunft
- Vereinheitlichung des Bildungssystems, durch einen einheitlichen/ gleichwertigen Bildungsabschluss auf EU-Ebene
- Erhöhung der Mittel für internationale Jugendbegegnungen und Schüleraustausch
- Verpflichtung von Mindeststandards für Bildung in den EU-Ländern
- frühere Einführung von gesellschaftspolitischen Fächern

Europäisches Sozialmodell:

- Vereinheitlichung von sozialen Standards, aber jeweils an die Länder angepasst:
- Sanktionen bei Nichteinhalten der sozialen Standards Vorteil Einheitlichkeit, da besser überprüfbar
- Kündigungsschutz
- Mindestversorgung von Bedürftigen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe)
- Familienförderung bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Kindergeld
- Kindergrippen, Kindergärten, Kindertagesstätten
- Familienförderungsgeld abhängig von Kinderanzahl
- Krankenversorgung unabhängig von der finanziellen Lage des Patienten
- Gesicherte Rente s. Rentenmodell
- Finanzierungsvorschläge: Kredite zu niedrigen Zinsen vergeben; Städtepartnerschaften („Reichere helfen Ärmeren durch ihr know-how und ihre Erfahrung“); gezielte einmalige Förderung

Gleichberechtigung:

- Transparenz der Bezahlungen, indem die Lohnunterschiede in Unternehmen öffentlich einsichtig werden
- Verbote ungleicher Bezahlung bei gleicher Leistung
- Würdigung vorbildlicher Firmen durch Preisverleihungen durch die EU
- Einrichten von firmennahen Kindertagesstätten
- Verwenden eines Anteils des Budgets für Frauenseminare in Bereichen wie Rhetorik, Management

Weiterbildungen:

- Anonyme Fragebögen und Stärken von Gewerkschaften, Bekämpfen von Mobbing von Frauen durch interne Bestrafungen, Benennungen von Frauenbeauftragtinnen, um den Dialog zur EU zu stärken, und um sich in gewisse Standards in Unternehmen zu kümmern
- Werbeprogramme von technischen Berufen für Frauen und deren Förderung in diesen Bereichen
- Sanktionen für Unternehmen, die gegen unsere Resolutionen verstoßen



Außen- und Sicherheitspolitik

Einleitung

Durch das Scheitern der EU-Verfassung gestaltet es sich schwierig, nach außen hin geschlossen aufzutreten. Trotzdem besteht die Möglichkeit mit einer Stimme zu sprechen.

Im Zeitraum von 2004-2007 sind zwölf neue Länder der EU beigetreten. Zuletzt Bulgarien und Rumänien. Schon lange ist auch ein Beitritt der Türkei im Gespräch.

Im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld des 21. Jahrhunderts eröffnen sich neue, vielschichtige Herausforderungen. Ein Instrument umfassender, wirksamer und zugleich präventiver Friedenspolitik sind leistungsfähige, militärische Fähigkeiten. Sie stellen einen unerlässlichen Teil eines mehrdimensionalen Ansatzes aus politischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Instrumenten dar, um im multilateralen Zusammenwirken mit Verbündeten und Partnern die globale Sicherheit zu stärken. Frieden und Sicherheit nehmen im europäischen Kontext eine wichtige Rolle ein, da sie als Grundvoraussetzungen für effektives Handeln im politischen Rahmen gesehen werden müssen.

Aktuelle Situation

Derzeit fehlt es in der EU an Kontinuität und Kohärenz. Da es in absehbarer Zeit keine gemeinsame Verfassung geben wird, müssen andere Wege beschritten werden.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei haben erst kürzlich durch die Öffnung der zweiten Akte der Beitrittsverhandlung nach längerem Stocken wieder Auftrieb bekommen. Obwohl die Türkei schon einige Reformen auf den Weg gebracht hat und teilweise die von der EU vorgegebenen Kriterien erfüllt hat, stehen dennoch einige wichtige Punkte aus. Drei Punkte sind hier vordergründig: Zypern-Frage, Anerkennung des Völkermords an den Armeniern, lückenlose Realisierung der Menschenrechte und vor allem der Pressefreiheit und Demokratie.

Die momentanen militärischen Streitkräfte agieren zu unkoordiniert und weisen einige unüberbrückbare Diskrepanzen zwischen den nationalen Akteuren auf.

Deshalb ist die einzig mögliche Schlussfolgerung, die sich daraus ergibt, die Aufstellung einer EU-Armee.

Nach der kriegerischen ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrscht nunmehr seit über 60 Jahren Frieden in der EU. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird die Sicherheit der Union von einer neuen Gefahr bedroht: dem internationalen Terrorismus. Zudem stellt die fortschreitende Erweiterung und die damit einhergehende Vergrößerung der Union und ihrer Außengrenzen die Staaten vor die Herausforderung, weiterhin Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.



Handlungsempfehlungen

- Einführung eines Außenministers
- Einführung einer qualifizierten Mehrheit in allgemeinen außenpolitischen Fragen
- Einführung eines starken Europäischen Parlaments, dem die Kompetenzen zugewiesen werden
- EU darf in der Zypern-Frage nicht nachgeben --> Republik Zypern wird von der Türkei anerkannt und Truppen zurückziehen, die Kriterien müssen konsequent durchgesetzt werden (Freiheit, Menschenrechte)
- Türkei soll EU-Kriterien wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit bis 2015 während der Beitrittsverhandlungen erfüllen. Erst dann soll der EU-Beitritt gewährt werden.
- EU Armee: bestehend aus 20 % der Berufssoldaten der Nationalarmeen, aber Beibehaltung des landeseigenen Militärs
- Gemeinsames Oberkommando der EU-Armee obliegt einem Generalstab der 27 Mitgliedsstaaten
- Feste Standorte in Europa
- Nato: Kooperation (gleichwertige Partner)
- Sollte ein EU-Mitgliedsland angegriffen werden, muss die EU-Armee dem jeweiligen Land beistehen; dennoch lastet die primäre Ausrichtung auf dem außereuropäischen Einsatzraum
- Zuständigkeit: Einsatzbefehl durch 2/3 Mehrheit durch den europäischen Rat
- Ausrüstung durch europäische Verteidigungsagentur
- Frieden innerhalb der Grenzen Europas: Aufklärung, Bildung, Austausch; diplomatische Beziehungen zwischen EU-Staaten zur Konfliktlösung; Abgabe von Kompetenzen
- Frieden und Sicherheit an den Außengrenzen: Nachbarschaftspolitik; multilaterale Verträge
- Internationaler Terrorismus: Frühzeitige Erkennung und Einleitung angemessener Maßnahmen von sicherheitspolitischen Bedrohungen; Intelligente Sanktionen gegen mit Terror kooperierenden Staaten; Vermeidung von militärischen Einsätzen



Olli Rehn

6. Stellungnahmen der Politiker

6.1 Stellungnahme von Olli Rehn, EU-Kommissar für die Erweiterung

Betr.: Ihre Resolution zur EU-Erweiterung

Sehr geehrte Mitglieder des Jugendparlaments,

ich habe Ihre Resolution zum Thema EU-Erweiterung mit großem Interesse gelesen und möchte mich für Ihr Engagement und die Gedanken, die Sie sich über die EU machen, herzlich bedanken.

Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir in großen Teilen einer Meinung sind; so stimmen Sie zum Beispiel dem Grundgedanken der aktuellen Erweiterungspolitik zu und unterstreichen die weit reichende Bedeutung bisheriger Beitritte. Für die Zukunft empfehlen Sie zu Recht, unter anderem verstärkte Maßnahmen in den Bereichen der Kommunikation und des Austausches unter Europäern, insbesondere unter Jugendlichen, zu ergreifen.

Ich teile Ihre Einschätzung zu Bürgernähe und Information. Aus diesem Grund ist Kommunikation eine der Grundsäulen der Erweiterungsstrategie. Hinzu kommen die Einhaltung unserer Verpflichtung gegenüber Staaten, denen eine Beitrittsperspektive aufgezeigt worden ist, sowie die strikte Erfüllung der Beitrittsbedingungen.

Das Engagement von jungen Europäern wie Ihnen ist uns immer eine willkommene Anregung, neue Ideen entgegenzunehmen für die zweifellos vielen Bereiche, in denen wir uns weiter an die Entwicklungen anpassen und gegebenenfalls neu positionieren müssen. Ich habe deswegen Ihre Resolution an die zuständigen Dienste weiterleiten lassen. In diesem Zusammenhang würde es mich freuen, wenn Ihre sehr gut informierte und recherchierte Resolution auch als kleiner Beweis für eine sich verbessernde Informations- und Kommunikationsstrategie der EU-Kommission gewertet werden könnte.

Ich freue mich über Ihr reges Interesse und Engagement für unser gemeinsames europäisches Projekt, bedanke mich noch einmal für Ihre Vorschläge und wünsche Ihnen und den Mitgliedern des Jugendparlaments für die Zukunft viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen,

Olli Rehn, EU-Kommissar für die Erweiterung



Bernd Posselt

6.2 Stellungnahme von Bernd Posselt, MdEP

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Ausarbeitung des Jugendparlamentes vom 30. März bis zum 1. April 2007 im Bayerischen Landtag.

Da der Text sehr umfangreich ist, kann ich allerdings wegen meiner starken Arbeitsbelastung als Parlamentarier nur in groben Umrissen darauf antworten.

Mit Ihren institutionellen Vorschlägen stimme ich sehr weitgehend überein. Skeptisch bin ich nur bezüglich der Verhältniswahl und halte das deutsche Mischsystem für besser. Auch ziehe ich eine Fünf-Prozent-Klausel einer Sieben-Prozent-Klausel vor. Wichtig wäre vor allem die Schaffung von Wahlkreisen bzw. zumindest Regionallisten à la Bayern, um die Bindung zwischen Wählern und Gewählten zu verstärken. Von nationalen oder gar EU-weiten Listen halte ich nichts.

Absolut ja sage ich zum Zwei-Kammern-System und zur Weiterentwicklung der EU-Kommission zu einer vom Parlament zu wählenden Regierung. An der Spitze muss allerdings kein EU-Präsident stehen, es kann auch eine Art Europäischer Premierminister sein.

Skeptisch bin ich bezüglich des Bürgerbegehrens. Dies ist in einer Gemeinschaft mit mehr als einer halben Milliarde Einwohnern schwer praktikabel und existiert in anderen Großdemokratien wie USA und Indien auch nicht. Direkte Demokratie funktioniert am besten auf lokaler und regionaler Ebene.

Was die Erweiterung betrifft, so gibt es außer den Kleinststaaten, für die ein Spezialstatus geschaffen werden muss, noch folgende eindeutig europäische Länder, denen eine Beitrittsperspektive geboten werden sollte: Island, Norwegen, Schweiz, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro, Albanien, Mazedonien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland. In diesem Jahrzehnt halte ich nur den Beitritt des mitteleuropäischen und sehr gut vorbereiteten Kroatiens - mit weniger als viereinhalb Millionen Einwohnern - für realistisch und wünschenswert, dann braucht die EU eine Konsolidierungsphase.

Im nächsten Jahrzehnt steht Südosteuropa, also der Raum zwischen Kroatien und Griechenland an, wo es noch viel zu tun gibt. Generell muss gelten - nicht zuletzt auch mit Blick auf die Ukraine -, dass sowohl die Staaten alle Beitrittskriterien erfüllen müssen als auch die Aufnahmekapazität der EU gegeben sein muss.

Die Türkei, Russland, der Kaukasus, die östlichen und die südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten haben nur teileuropäischen Charakter und können daher nicht Vollmitglied der EU werden. Ihr Beitritt würde die Gemeinschaft überdehnen und verhindern, dass ein weltweit handlungsfähiges, supranationales Europa entsteht. Für diese Staaten müssen Modelle einer Partnerschaft ohne Beitritt und ohne Beitrittsperspektive entwickelt werden, die maßgeschneidert den Interessen beider Seiten dienen.

Die wichtigste Zukunftsaufgabe der Europapolitik ist die Bildung eines Europäischen Bundes mit gemeinschaftlicher Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Bewahrung und Erneuerung des Europäischen Sozialmodells angesichts der Herausforderungen der Globalisierung. Dies ist nur auf der Basis der gemeinsamen Geschichte und Kultur Europas möglich. Ein Europa ohne Europäer wäre sinnlos.

Europa ist geprägt durch Christentum, griechische Philosophie und römisches Recht, hat mehr als eineinhalb Jahrtausende einer gemeinsamen Kultur- und Geistesgeschichte, aber auch leider viele Kriege durchlaufen und ist nach den beiden Weltkriegen als politische Idee so stark geworden, dass es unser Leben und



unsere Zukunft heute maßgeblich bestimmt. Wichtig ist neben den starken Gemeinsamkeiten, die älter sind als die Nationalstaaten, aber auch die typisch europäische Vielfalt der Sprachen. Deshalb halte ich von einer Einheitssprache nichts, von der Förderung von Vielsprachigkeit, die ein wichtiges kulturelles und wirtschaftliches Kapital ist, hingegen viel.

Dies sind nur einige Gedanken zu den wertvollen Anregungen, die Sie mir übermittelt haben und für die ich mich noch einmal herzlich bedanke.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bernd Posselt

Mitglied des Europäischen Parlaments,
Präsident der Paneuropa-Union Deutschland



Günter Gloser

6.3 Stellungnahme von Günter Gloser, MdB Staatsminister für Europa

Stellungnahme zur Resolution des Jugendparlamentes zur EU-Erweiterung vom 30.3.-1.4.2007 im Bayrischen Landtag, München.

Die vom „Jugendparlament zur EU-Erweiterung“ Ende März/Anfang April erarbeitete Resolution erhält konkrete Überlegungen zu wichtigen Fragen der europäischen Agenda, zu denen ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich beglückwünschen möchte. Das Dokument illustriert die Leidenschaft, mit der über europapolitische Fragen diskutiert und wahrscheinlich auch gestritten wurde. Mir ist vor diesem Hintergrund um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union nicht bange.

Besonders freut es mich zu sehen, dass das Jugendparlament die Zielsetzung der deutschen Ratspräsidentschaft mit sehr konkreten Anregungen unterstützt, z.B. bei der Betonung der Bedeutung der Forschung und Entwicklung und der Arbeits- und Sozialpolitik im Rahmen des Lissabon-Prozesses.

Lassen Sie mich einen wichtigen Aspekt Ihrer Beratungen aufgreifen, der nahezu alle Themen Ihrer Resolution betrifft: den Verfassungsprozess. Ich stimme mit der Analyse überein, dass die Erweiterung große Herausforderungen an die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Union stellt. Wir müssen die EU institutionell in die Lage versetzen, um ihre Aufgaben effizient zu lösen.

Die Handlungsempfehlungen des Jugendparlamentes enthalten die richtigen Ansätze für Verbesserungen in diesem Bereich. Für die Bundesregierung möchte ich an dieser Stelle hervorheben, dass der von allen Regierungen unterschriebene und von der Mehrheit der Mitgliedstaaten ratifizierte EU-Verfassungsvertrag nach wie vor die beste Grundlage bietet. Er macht die EU handlungsfähiger, demokratischer und transparenter. Unsere Haltung ist klar:

Wir wollen die Substanz des Verfassungsvertrags erhalten.

Die vorgesehenen tief greifenden Reformen im institutionellen Bereich sichern die Entscheidungsfähigkeit der EU-25. Ich möchte nur einige hervorheben:

- Das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates fördert die Kontinuität, Sichtbarkeit und Kohärenz in der EU-Vertretung nach innen wie nach außen.
- Die doppelte Mehrheit erleichtert Gestaltungsmehrheiten und erschwert Blockademinderheiten.
- Die deutliche Ausweitung des Anwendungsbereichs der qualifizierten Mehrheit erleichtert Entscheidungsfindung.
- Die Verringerung der Anzahl der Kommissare ab 2014 wird die Handlungsfähigkeit der Kommission verbessern.

Der Verfassungsvertrag stärkt auch die demokratische Legitimation und Transparenz der Union. Besonders wichtig hierbei ist:

- Die Rolle des Europäischen Parlamentes wird durch die Verfassung gestärkt: Bürger können durch Wahlen mehr Einfluss auf die Europäische Politik nehmen.
- Der Kommissionspräsident wird künftig durch das Parlament gewählt.
- Das Parlament wird gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat.
- Durch die Einführung eines Europäischen Bürgerbegehrens wird auch die direkte Mitwirkung der Bürger ermöglicht.



Wir wollen den Rückenwind aus dem erfolgreichen Frühjahrs-Gipfel und dem 50. Jahrestag am 25. März 2007 nutzen. Für den Europäischen Rat im Juni streben wir einen Beschluss an, den Reform- und Erneuerungsprozess der EU fortzuführen und hierfür einen Zeitplan, das Verfahren und die inhaltliche Ausrichtung festzulegen. Ziel ist, dass bereits die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf einer neuem vertraglichen Grundlage stattfinden können.

Für dieses Ziel wird sich die Bundesregierung mit ganzer Kraft einsetzen. Angesichts der von Ihnen angenommenen Resolution bin ich sicher, dass wir dabei auch auf Ihre Unterstützung zählen können.

Günter Gloser.



6.4 Stellungnahme von Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Resolution des im Bayerischen Landtag veranstalteten Jugendparlaments vom 01.04.2007 Sehr geehrter Herr Dr. Arp, für Ihr Schreiben vom 01.04.2007, in dem Sie mich um eine Stellungnahme zur Resolution des Jugendparlaments gebeten haben, danke ich Ihnen. Ihrer Bitte komme ich sehr gerne nach. Die Idee der Veranstaltung eines Jugendparlaments im Bayerischen Landtag vom 30.03. bis 01.04.2007 hat sich als voller Erfolg erwiesen. Ich finde es wichtig, dass sich gerade auch junge Menschen mit dem europäischen Einigungsprozess auseinandersetzen und seine Fortsetzung konstruktiv begleiten. Denn es ist die junge Generation, auf der die Zukunft Europas aufbaut und die künftig unser gemeinsames europäisches Haus gestalten wird. Die Diskussion im Jugendparlament und seinen Ausschüssen zu aktuellen europapolitischen Themen kann daher gar nicht hoch genug geschätzt werden. Allen jungen Menschen, die sich dort engagiert und beteiligt haben, möchte ich daher von ganzem Herzen danken.

Uu einzelnen Punkten, die in der Resolution des Jugendparlaments angesprochen sind, möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

Zu I. Identität

a)
Ich teile die Auffassung des Jugendparlaments, dass die EU transparenter und bürgernäher werden muss. Trotz der Errungenschaften und Erfolge der EU ist eine schwindende Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum europäischen Einigungsprozess feststellbar. Die Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrages bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Mai bzw. Juni 2005 hat dies besonders deutlich vor Augen geführt. Es zählt für mich derzeit zu den größten Herausforderungen, die Akzeptanz der EU bei den Bürgern zu stärken. Denn nur mit der Unterstützung durch die Bevölkerung wird es gelingen, den europäischen Einigungsprozess erfolgreich fortzusetzen. Dazu müssen wir den Bürgern und vor allem den jungen Menschen die großen Errungenschaften der europäischen Einigung und die insgesamt erfolgreiche Tätigkeit der EU stärker vermitteln. Und wir müssen deutlich machen, dass die europä-ische Einigung die richtige Antwort Europas auf die Herausforde-rungen des 21. Jahrhunderts ist. Die Globalisierung, neue Gefahren für die innere und äußere Sicherheit vor allem durch den internationalen Terrorismus, die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung und der Klimaschutz erfordern ein gemeinsames europäisches Handeln. Kein Mitgliedstaat kann seine politischen und wirtschaftlichen Interessen auf der Weltbühne mehr allein wirk-sam zur Geltung bringen. Um in der Welt Gehör zu finden, muss Europa zusammen stehen und mit einer Stimme sprechen. Neben einer besseren Information und Kommunikation ist aber vor allem auch eine gute Europapolitik notwendig. Wir müssen die Sorgen und Bedenken der Bürger ernst nehmen und Ergebnisse erzielen, welche die Bürger vom Mehrwert der europäischen Einigung überzeugen.

b)
Für die Förderung der Identität Europas und seiner Akzeptanz ist auch der Bildungsbereich wichtig. Auch insoweit stimme ich der Resolution des Jugendparlaments vom 01.04.2007 zu. Ich möchte hier vor allem die Bildungsprogramme der EU hervorheben, in deren Genuss vor allem junge Leute kommen können. Anfang dieses Jahres ist ein neues Bildungsprogramm gestartet. Es gilt bis 2013 und ist mit ca. 7 Milliarden Euro ausgestattet. Mit diesem „Programm für Lebenslanges Lernen“ werden insbesondere die bisherigen Förderprogramme COMENIUS für die schulische Bildung,



ERASMUS für die Hochschulbildung und LEONARDO DA VINCI für die berufliche Bildung fortgeführt. Unterstützt werden vor allem Partnerschaften und Projekte der Bildungsträger sowie die Mobilität und der Austausch von Lernenden und Lehrenden. Mit diesen EU-Programmen wird die europäische Dimension im Bildungswesen gefördert. Schüler, Studenten und Auszubildende erhalten die Möglichkeit, Erfahrungen in verschiedenen Ländern zu sammeln. Der direkte persönliche Kontakt mit anderen Ländern, Sprachen und Kulturen leistet einen enorm wichtigen Beitrag für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen und für die Völkerverständigung in Europa. Die europäische Einigung wird auf diese Weise ganz persönlich erleb- und erfahrbar.

c)
Wir brauchen in der europäischen Debatte auch klare Aussagen zur künftigen Erweiterungspolitik und zu den Grenzen der EU. Bayern hat die Osterweiterung der EU stets nachdrücklich unterstützt. Die „Wiedervereinigung Europas“ bietet die Chance zur langfristigen Garantie von Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Sie stärkt darüber hinaus das Gewicht der EU in der Welt. Nach der Erweiterung von 2004 und 2007 benötigt die EU aber eine Phase der Konsolidierung. Es ist in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten an der Zeit, über die Grenzen der Europäischen Union nachzudenken. Einen Beitrittsautomatismus darf es künftig nicht mehr geben.

Neue Beitritte dürfen nur erfolgen, wenn die Bewerberländer die Beitrittskriterien strikt erfüllen. Ebenso entscheidende Voraussetzung ist zum anderen aber auch die Aufnahme- bzw. Integrationsfähigkeit der EU.

Vor diesem Hintergrund unterstützt Bayern einen EU-Beitritt Kroatiens. Kroatien ist ein kleines mitteleuropäisches Land, das in Europa tief verwurzelt und wirtschaftlich prosperierend ist. Einen EU-Beitritt der Türkei lehnt Bayern hingegen ab. Dies würde die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union mit Blick auf die Größe und wirtschaftliche Situation des Landes, aber auch mit Blick auf gesellschaftliche und kulturelle Aspekte weit überfordern.

Zu II. Institutionelle Fragen Die auf nunmehr 27 Mitgliedstaaten erweiterte EU braucht Reformen. Ihre Handlungsfähigkeit muss gesichert und gestärkt werden. Die EU muss auch noch demokratischer, transparenter und bürgernäher gestaltet werden. Deshalb tritt Bayern für die Verwirklichung der Fortschritte des Verfassungsvertrages ein. Dazu zählen insbesondere die Grundrechtecharta, die institutionellen Reformen, die Verbesserung der Kompetenzabgrenzung und der Subsidiaritätskontrolle sowie die Stärkung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Ich hoffe sehr, dass es der deutschen Ratspräsidentschaft beim EU-Gipfel im Juni gelingen wird, den Reformprozess auf der Grundlage des Europäischen Verfassungsvertrages wieder in Gang zu bringen. Für besonders wichtig halte ich das im Verfassungsvertrag vorgesehene Subsidiaritäts-Frühwarnsystem.

Damit werden die nationalen Parlamente erstmals direkt in den europäischen Rechtsetzungsprozess eingebunden. Ich begrüße es deshalb sehr, dass sich die Kommission schon jetzt freiwillig selbst verpflichtet hat, den nationalen Parlamenten alle neuen Vorschläge und Konsultationspapiere direkt zuzuleiten und ihnen die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Diese verstärkte und frühzeitige Einbeziehung der nationalen Parlamente ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Demokratie, Subsidiarität und Bürgernähe in der EU. Vor allem dadurch kann erreicht werden, dass die Europapolitik stärker in der Innenpolitik „ankommt“ und für die Bürger greifbarer wird.



Zu III. Wirtschaftspolitik Die konsequente Umsetzung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung ist ein zentrales Anliegen Bayerns.

Für besonders wichtig halte ich die aktuelle Initiative für eine bessere Rechtsetzung auf europäischer Ebene. Die Vereinfachung des bestehenden EU-Rechts, die Verringerung von Bürokratiekosten vor allem für die Wirtschaft und eine bessere Folgenabschätzung bei neuen Rechtsetzungsvorschlägen der EU müssen hohe Priorität haben. Der konsequente Abbau und die Vermeidung von unnötigen Belastungen für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung sind ein Konjunktur- und ein Akzeptanzprogramm. Sehr wichtig für die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung ist auch die Förderung von Forschung und Innovation. Das mit rund 54 Milliarden Euro dotierte 7. Forschungsrahmenprogramm der EU ist Anfang 2007 gestartet. Bei der Förderung von Forschung und Entwicklung sollten wir v.a. auch die Rolle der Umwelttechnologien als Impulsgeber für Wachstum und Beschäftigung weiter stärken. Ein wichtiges Feld, auf dem die EU zu Wachstum und Beschäftigung beitragen kann, ist schließlich auch die Außenwirtschaftspolitik. Die aktive Gestaltung der Globalisierung vor allem im Rahmen der WTO ist eine wichtige Aufgabe der EU. Hier gilt es, für die weitere Öffnung der internationalen Märkte, für die Fortentwicklung fairer multilateraler Regeln, für die Durchsetzung eines elementaren Kerns sozialer Mindeststandards und vor allem auch für den Schutz geistigen Eigentums einzutreten.

Zu IV. Arbeit- und Sozialpolitik Ich teile die in der Resolution des Jugendparlaments getroffene Aussage, dass die soziale Dimension der europäischen Politiken nicht vernachlässigt werden darf. Die Mitteilung der Europäischen Kommission vom Februar dieses Jahres „Ein Binnenmarkt für die Bürger“ führt ganz in diesem Sinne aus: „Die Binnenmarktinitiative war weit mehr als eine wirtschaftspolitische Weichenstellung. Sie war von der ersten Stunde an von einer sozial- und regionalpolitischen Agenda flankiert, die aus den EU-Struktur-fondsmitteln unterstützt wurde.“ Wohlstand ohne soziale Sicherheit entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer modernen, menschenwürdigen Gesellschaft. Es gibt zwar streng genommen kein „Europäisches Sozialmodell“, da die verschiedenen, historisch gewachsenen Systeme der Mitgliedstaaten zum Teil gravierende Unterschiede aufweisen. Es gibt aber bestimmte soziale Grundideen, die in allen europäischen Sozialsystemen angelegt sind. Damit meine ich konkret die Sicherung in schwierigen Lebenslagen wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter, Mindestschutzrechte im Arbeitsrecht und ein Mindestmaß an sozialem Ausgleich, Chancengleichheit und Solidarität. Diese sozialen Grundideen dürfen auch in einer globalisierten Welt mit ihrem Wettbewerbsdruck nicht verloren gehen. Bei der Diskussion um die Fortentwicklung des „europäischen Sozialmodells“ muss zwar die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Sozialpolitik beachtet werden.

Gleichwohl leistet die EU einen wichtigen Beitrag zu einem hohen Maß an sozialem Schutz, gesellschaftlicher Teilhabe, Gleichstellung von Männern und Frauen sowie sozialem Zusammenhalt (z.B. durch den Europäischen Sozialfonds).

Verstärkter Wettbewerbsdruck infolge des europäischen Binnenmarktes und der Globalisierung einerseits und soziale Sicherheit andererseits stehen nicht in einem Gegensatz zueinander. Im Gegenteil: Die Vorteile des sozial flankierten Binnenmarktes und einer aktiv gestalteten Globalisierung für Wachstum und Beschäftigung sind ein wichtiges Fundament für die Erhaltung und Stärkung von sozialer Sicherheit in Europa. Zu V. Außen- und Sicherheitspolitik Die Sicherheit und die Stärkung von Europas Gewicht in der Welt sind v.a. auch aus Sicht der Bürger zentrale Themen. Die Bürger erwarten zu Recht, dass die EU ihre Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik mit ihrem Gewicht als Handels- und Wirtschaftsmacht in Einklang bringt. Das ist zweifellos ein Feld, auf dem wir „mehr Europa“ brauchen.

Europa ist auch zunehmend gefordert, seinen Beitrag zu Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität in der Welt zu leisten. In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) hat es in den vergangenen Jahren beachtliche Fortschritte gegeben.



Die EU ist zunehmend auf diplomatischer Ebene wie auch im Bereich der Sicherheit tätig. Als Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ins Leben gerufen. Die EU unterhält inzwischen ein breites Spektrum an zivilen und militärischen Missionen auf drei Kontinenten. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss weiter gestärkt werden. Die Schaffung eines Europäischen Außenministers, wie sie die Resolution des Jugendparlaments vorschlägt, wäre dazu sicherlich ein wichtiger Beitrag.

Mit freundlichen Grüßen

Emilia Müller, Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten



7. Auswertung

Im Jugendparlament zur EU-Erweiterung hatten Jugendliche drei Tage lang Zeit, sich in unterschiedlichen Ausschüssen mit der Thematik vertraut zu machen, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln sowie Forderungen und Vorschläge für die zukünftige Entwicklung der EU zu diskutieren.

Sie sollten

- sich mit der Vielschichtigkeit des Themas EU-Erweiterung auseinandersetzen,
- die unterschiedlichen Perspektiven und Entwicklungslinien der europäischen Einigungsprozesses beleuchten,
- direkt mit Politikerinnen und Politikern diskutieren,
- demokratische Abläufe kennen lernen,
- und dabei selber aktiv werden.

Die Auswertung der am Ende verteilten Fragebögen zeigt, dass diese Zielsetzung erreicht werden konnte, die Jugendlichen Spaß an der Veranstaltung hatten und nach eigener Aussage das Gefühl hatten, etwas über die Europäische Union und Erweiterung gelernt zu haben.

Die Teilnehmenden des Jugendparlaments -42 männliche und 45 weibliche- waren zwischen 15 und 21 Jahre alt. Sie kamen aus allen Regionen Bayerns, 51 aus Gymnasien, 19 aus Realschulen, 13 aus Hochschulen, 2 aus Fachoberschulen sowie 1 Auszubildender.

Die Jugendlichen stellten insgesamt eine bunte Mischung im Hinblick auf ihre Herkunft und ihr Vorwissen zu Europa dar. Trotz dieser unterschiedlichen Zusammensetzung fanden sich die Jugendlichen jedoch schnell zu einer harmonischen Gruppe zusammen und entwickelten eine überaus produktive Zusammenarbeit.

Die Teilnehmenden zeigten insgesamt eine hohe Motivation und Engagement und ihre Bereitschaft, sich mit politischen Themen zu beschäftigen, war überdurchschnittlich. Die Arbeit in den Ausschüssen verlief sehr konzentriert und führte zu vielfältigen Ergebnissen, die im Plenum lebhaft debattiert wurden. Die Diskussionen gestalteten sich trotz unterschiedlicher Auffassungen und teilweise auch sehr sensiblen Themen stets sachlich und fair. Die Resolution, in die - trotz enger Abstimmungslage - letztendlich alle Ausschussthemen aufgenommen werden konnten, wurde von den Jugendlichen als originell, mutig und zukunftsweisend eingestuft.

Die Auswertung zeigt, dass die Jugendlichen insgesamt sehr zufrieden mit dem Jugendparlament waren. Sie äußerten sich lobend über die Durchführung und den Verlauf der Veranstaltung und die damit gebotene Möglichkeit, sich über ein interessantes, spannendes und grundlegendes Thema auseinandersetzen zu können. Dass die Veranstaltung an einem authentischen Ort politischer Diskussion, dem Bayerischen Landtag, stattgefunden hat, wurde von ihnen als sehr positiv empfunden. Wichtig für die Teilnehmenden war auch, dass die Resolution an politisch Verantwortliche weitergegeben wurde und die Jugendlichen dadurch das Gefühl erhielten, dass ihre Meinung auch von der Politik gehört wird.

Die positiven Eindrücke überwogen bei weitem die negativen, allerdings gab es auch Kritik und einige Verbesserungsvorschläge für die Zukunft. So haben sich die Jugendlichen insgesamt mehr Zeit für Diskussionen und die Formulierung der Vorschläge gewünscht. Ein weiterer Veranstaltungstag hätte aus ihrer Sicht den doch sehr gedrängten Zeitplan entspannen können. Auch wurde bemängelt, dass nur wenige Abgeordnete während des Jugendparlaments anwesend waren und den Dialog mit den Jugendlichen gesucht haben. Hier hätten sich die Jugendlichen eine regere Beteiligung der Politikerinnen und Politiker gewünscht.



Auswertung der Fragebögen zum Jugendparlament zur EU-Erweiterung

	++	+	0	-	--
1. Wie fandest Du das Jugendparlament insgesamt?	50	22	3	2	-
2. Warst Du mit dem Ablauf Deines Ausschusses zufrieden?	20	46	7	-	-
3. Wie fandest Du die Diskussionen mit den Landtagsabgeordneten?	18	25	17	9	9
4. Wie fandest Du die Diskussionen im Plenum?	29	29	16	3	1
5. War die Zeit ausreichend?	1	-	8	34	35
6. Wie war die Atmosphäre im Bayrischen Landtag?	39	17	1	1	-
7. Warst Du mit der Organisation zufrieden?	40	28	8	2	-
8. Wie war die Betreuung durch das Junior-Team?	49	21	6	2	1
9. Wie haben Dir die Ausschuss-Reader gefallen?	17	37	18	5	1
10. Hast Du das Gefühl, etwas über Europa gelernt zu haben?	40	31	6	1	-
11. Fühlst Du Dich nun besser über die EU-Erweiterung informiert?	31	30	12	3	2